

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

138

2026
Frühling

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



GEDENKSTÄTTEN
IM LÄRM
DER ZEIT



Sie haben Fragen an das Bundeskanzleramt?

buergerservice@bka.gv.at
0800 222 666* (Mo bis Fr: 8–16 Uhr)

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

 Bundeskanzleramt

Das Bürgerinnen- und Bürgerservice des Bundeskanzleramts
freut sich auf Ihre Fragen und Anliegen!
bundeskanzleramt.gv.at

*gebührenfrei aus ganz Österreich



Coverbild: Die israelische Holocaustforscherin und Widerstandskämpferin Miriam Novitch spaziert über den ehemaligen Appellplatz in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, August 1958. Quelle: Ghetto Fighters' House Museum, Israel / Photo Archive, Sammlung Miriam Novitch.

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin und Redaktion:

Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan

Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, mh, Jessica Beer, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Peter Schwarz, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig

Kolumne: Hakan Gürses

Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: fazzDesign (Fatih Aydođdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: Daniel Müller

Herstellung (Repro & Druck): Medienfabrik Wien GmbH, 1220 Wien, Langobardenstraße 128/8/R01 | T: +43 676 740 52 66

Verlags- und Erscheinungsort: Wien |

Verlagspostamt: 1060 Wien

Anzeigen: Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at

Abo-service: Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at

Inland | Jahresabo: EUR 30,- | Zweijahresabo: EUR 50,-

EU-Ausland | Jahresabo: EUR 50,- | Zweijahresabo: EUR 75,-

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: EUR 5,50

Web: www.initiative.minderheiten.at

www.zeitschrift-stimme.at

www.instagram.com/initiative_minderheiten

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.



Produziert gemäß Richtlinie UZ24 des Österreichischen Umweltzeichens, Medienfabrik Graz, UW-Nr. 812

04 | **Aushang**
Kurzmeldungen

05 | **Editorial**
Gamze Ongan

06 | **Stimmlage**
Hakan Gürses

08–09 | **Suche nach den Verlorenen**
Bewahrung der Spuren von KZ-Verbrechen in privaten Fotografien | Vida Bakondy und Ralf Lechner

10–13 | **KZ-Gedenkstätten in Österreich**
Ein Blick auf Geschichte und Gegenwart
Bertrand Perz

15–16 | **Der doppelte Boden**
Audioweg Gusen – Eine neue Form von Erinnerungskultur
Christoph Viscorsum (vorm. Christoph Mayer chm.)

18–21 | **Eine wunderbare Arbeit – aber auch wunderbar schwierig** | Gudrun Blohberger im Stimme-Gespräch
Cornelia Kogoj und Gamze Ongan

22–24 | **Österreichs jüdische Friedhöfe**
Knotenpunkte von Geschichte und Erinnerung
Tim Corbett

26–29 | **Nordwest | Bahnhof | Erinnern**
Grundlagen für einen zukünftigen Gedenkort
Michael Hieslmair | Michael Zinganel (Tracing Spaces)

30–31 | **Vergessen kann man so etwas nicht**
Ein Ort des Erinnerns für gehörlose NS-Opfer
Verena Krausneker

32–34 | **Hinschaun! Poglejmo.**
Spuren einer Ausstellung
Peter Pirker

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Medieninhaberin und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adresse der Medieninhaberin und der Herausgeberin ist im Impressum angeführt.

Erinnern an 50 Jahre Volksgruppengesetz

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksgruppengesetzes und mit dem Ziel, das Wissen über Minderheiten und deren Rechte – insbesondere bei Schülerinnen und Schülern – zu vertiefen, widmet der OeAD seinen Jahresschwerpunkt 2026 im Programm ERINNERN:AT den nationalen Minderheiten in Österreich. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Geschichte und Gegenwart der Kärntner Sloweninnen und Slowenen / Koroški Slovenci in Slovenie.

Das ganze Jahr hindurch bietet ERINNERN:AT gemeinsam mit Kooperationspartner:innen, insbesondere aus den Volksgruppen, aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, Bildungsangebote für Lehrpersonen und die interessierte Öffentlichkeit an.

Der Höhepunkt der Aktivitäten wird das Zentrale Seminar – die größte Lehrer:innenfortbildung zum Thema Holocaust, Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rassismus in Österreich – von 12. bis 14. November 2026 in Klagenfurt sein.

Das Jahresthema wird von Katja Sturm-Schnabl als Schirmherrin begleitet, die sich seit vielen Jahren unermüdlich als Zeitzeugin engagiert und sich mit einer starken Stimme und Haltung für die Kärntnerslowenische Volksgruppe einsetzt.

Für weitere Informationen zum Jahresschwerpunkt: www.erinnern.at

Dunkles Erinnern



Foto: Manfred Bockelmann

Seit 2010 zeichnet der Maler Manfred Bockelmann im Rahmen des Kunstprojekts „Zeichnen gegen das Vergessen“ großformatige Schwarz-Weiß-Porträts von Kindern und Jugendlichen, die in Auschwitz-Birkenau, am Wiener Spiegelgrund, in Hartheim, Theresienstadt, Mauthausen und an vielen anderen Orten ermordet wurden.

Am Anfang stand für den im Jahr 1943 in Klagenfurt geborenen Künstler, dessen Vater NSDAP-Mitglied war, die Frage, wie es anderen Kindern seiner Generation ergangen ist, die als „rassisch minderwertig“ galten und so Opfer der Nationalsozialisten wurden.

Der Historiker und Publizist Heiner Hammerschlag – ein langjähriger Wegbegleiter des Künstlers – hat nun das reich bebilderte Buch „Dunkles Erinnern“ herausgegeben, das die Genese und Rezeption des international

erfolgreichen Projekts nachzeichnet. Ein Kapitel widmet sich Opfern rechtsextremem Gewalt aus der jüngeren Geschichte: Erwin und Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon – die vier jungen Männer aus der Volksgruppe der Roma, die 1993 durch eine Sprengfalle im burgenländischen Oberwart getötet wurden.

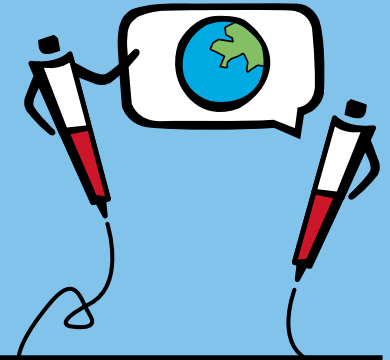
„Das menschliche Antlitz jedes einzelnen Kindes, das uns unbefangen oder besorgt, fröhlich oder angespannt entgegenblickt, hat ganz individuelle und unvergleichliche Züge, die uns berühren und uns vielleicht an Kinderfotos erinnern, die wir im Familienalbum haben (...)“ (Peter Gstettner)

Heiner Hammerschlag: Dunkles Erinnern. Geschichte und Geschichten von Manfred Bockelmanns Kinder-Holocaust-Projekt Zeichnen gegen das Vergessen. Drava Verlag, 2025.

www.journalismusfest.org

8.–10. Mai 2026

Ein Wochenende mit Aussicht.



Ausstellung

Das andere Russland. MEMORIAL

Friedensnobelpreis 2022

„Ich traf meinen Mörder“

Can Dündar

im Gespräch mit Alexandra Förderl-Schmid

Konzert und Buchgespräch

Pussy Riot

„Political Girl“ mit Maria Aljochina

Mit wachem Blick

Palästina. Amira Hass

Die Tochter von Shoah-Überlebenden berichtet

22

80

140

22

Schauplätze Veranstaltungen Gäste aus Staaten

Journalismusfest Innsbruck



Internationale Tage der Information

In Partnerschaft u. a. mit *Süddeutsche Zeitung*, *taz Panter Stiftung*, *Der Standard*, *Falter*, *die ZEIT*, *ORF FM4*, *APA*, *Tiroler Tageszeitung*, *European Cartoon Award*

Mit dem unaufhaltsamen Ende der unmittelbaren Zeitzugenschaft verlagert sich das Erinnern zunehmend auf die Orte der NS-Verbrechen selbst. Gedenkstätten müssen bewahren, erzählen und vermitteln – und sie müssen Verantwortung einfordern. Zwischen stiller Trauer und politischen Auseinandersetzungen wird hier verhandelt, wie eine Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit umgeht.

Dieses Heft widmet sich sichtbaren und verborgenen Orten, Formen und Konflikten des Erinnerns in Österreich. Der Blick reicht von großen Gedenkstätten über lange übersehene Tatorte bis hin zu Perspektiven von Minderheiten, die im öffentlichen Gedenken noch immer zu wenig sichtbar sind.

Bertrand Perz, führender Experte für die Geschichte des KZ Mauthausen vor und nach 1945, zeichnet in seinem einleitenden Beitrag die umkämpfte Erinnerung an die NS-Verbrechen am Beispiel Mauthausen und seinen Außenlagern nach.

Christoph Viscorsum (vorm. Mayer chm.) wuchs in St. Georgen an der Gusen auf, ohne zu wissen, dass sich dort ein Konzentrationslager in der Größe von Mauthausen befunden hatte. Der Audioweg Gusen, den der Künstler mit Stimmen von Überlebenden, Anwohner:innen und auch Täter:innen entwickelt hat, macht dieses unsichtbare Lager hörbar.

Menschlichkeit als tägliche Aufgabe: Die Gedenkstättenpädagogin **Gudrun Blohberger** setzt sich seit drei Jahrzehnten mit der Vermittlung von NS-Verbrechen auseinander. **Cornelia Kogoj** und **Gamze Ongan** trafen sie zum Gespräch.

Der freischaffende Historiker **Tim Corbett** veranschaulicht, wie die jüdischen Friedhöfe Österreichs bis heute als Erinnerungs- und Gedenkort wirken: als Zeugnisse jüdischen Lebens ebenso wie als Mahnmale für Zerstörung, Restitution und Erinnerung.

Der Beitrag von **Michael Hieslmair** und **Michael Zinganel**, den Gründern der Forschungsplattform „Tracing Spaces“, erinnert an den Wiener Nordwestbahnhof als Tatort der NS-Propaganda. Die Autoren plädieren dafür, das hier seit 2021 bestehende temporäre Denkmal zur Erinnerung an die antisemitische Ausstellung „Der ewige Jude“ (1938) dauerhaft zu sichern.

Nirgendwo in Österreich wird explizit an gehörlose NS-Opfer erinnert. Die Gebärdensprachenforscherin **Verena Krausneker** argumentiert gegen ein „mitgemeintes“ Gedenken und unterstreicht die Kraft des Erinnerns für die Politisierung einer Minderheit.

Die Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ im Jahr 2025 im kärnten.museum forderte 80 Jahre nach Kriegsende zur öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Kärntens auf. Der Zeithistoriker **Peter Pirker**, Mitkurator der Ausstellung, zeichnet in seinem Beitrag die Entstehung der Ausstellung, ihre inhaltlichen Schwerpunkte sowie die Reaktionen darauf nach.

Im vorliegenden Heft präsentieren wir zudem eine Fotostrecke mit Bildern aus den Sammlungen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Unser herzlicher Dank gilt **Vida Bakondy** und **Ralf Lechner**, die die Fotos mit einem begleitenden Text fachkundig einordnen.

Die Beiträge in diesem Heft laden dazu ein, genauer hinzuschauen – auf die Geschichte der Gedenkort, auf die Konflikte im Erinnerungsprozess und auf die Verantwortung, die daraus für uns alle erwächst. Gedenken bleibt eine Aufgabe der Gegenwart.

In eigener Sache

Wir haben Geburtstag: **Die Initiative Minderheiten** und die **Stimme** werden 35 Jahre alt. Diesen besonderen Anlass möchten wir gemeinsam mit all jenen feiern, die uns über dreieinhalb Jahrzehnte hinweg mit Solidarität und Engagement für Minderheitenrechte begleitet haben – im Juni im Rahmen der Veranstaltung „Radikal! 35 Jahre Initiative Minderheiten“ sowie am 29. November 2026 mit einem Fest im Wiener Rathaus.

Kommen wir gemeinsam gut durch
die nächsten Jahrzehnte!
Gamze Ongan, Chefredakteurin

Das minoritäre Modell | 2

Warum noch den verstaubten Begriff „Minderheiten“ benutzen, der seinen Höhepunkt bereits im Völkerrecht nach dem Ersten Weltkrieg hatte? Warum obendrein die Gesellschaft aus einer minoritären Perspektive betrachten wollen, wo doch „Schwarz-weiß“ das gegenwärtige Erklärungsmuster für die sozialen Verhältnisse abgeben soll?

In der letzten *Stimmlage* bekannte ich mich dennoch zu diesem unzeitgemäßen Konzept und nannte dafür zwei Gründe. Den *politiktheoretischen* versuchte ich dort zu schildern. Hier möchte ich jenen Grund erörtern, der die *politische Agenda* betrifft.

Ich erwähnte (in Anlehnung an Jean-François Lyotard) zwei *strukturelle* Modelle, welche die Gesellschaft als ein zweigeteiltes Gebilde (etwa Marxismus) respektive als ein funktionales Ganzes (etwa Systemtheorie) analysieren. Auf der *konjunkturellen* Ebene zeigt sich ein weiterer Gegensatz: zwischen Global und Lokal. Hier lautet die Frage: Was verursacht die aktuelle politische Lage?

Angeführt werden globale Entwicklungen, die von Klimawandel über Finanzkrise bis hin zu Migration reichen. Sozialwissenschaftliche Zeitdiagnosen werden gestellt: Wir leben in einer Informations-, Risiko-, Abstiegs-, Singularitäten- oder Angstgesellschaft, sie ist vulnerabel, beschleunigt oder postnational. Politische Analysen wiederum nehmen die Postdemokratie, den steigenden Autoritarismus, die Oligarchie der Tech-Milliardäre, den Siegeszug des (Rechts-)Populismus ins Visier.

Neben dieser Liste globaler Trends gibt es Deutungsversuche, die eher dem Lokalkolorit entspringen: Trump hat die US-Demokratie zerstört; die EU ist viel zu schwach; in Österreich wurde die NS-Geschichte nicht ausreichend aufgearbeitet usw.

Das *minoritäre Modell* ermöglicht, so meine These, auf struktureller wie konjunktureller Ebene einen anderen Blick auf die Gesellschaft – trotz eines akuten Problems der „Übertragung ohne Übersetzung“.

Mit *Critical Race Theory*, *Critical Whiteness Studies* und *Postcolonial Studies* entstand vor allem in den USA erneut ein „Hauptwiderspruch“, wie einst „Klasse“ in der marxistisch geprägten Linken, diesmal entlang der Kategorie *race*. Bald wurde dieser als „Schwarz-weiß“-Dichotomie von der „Neulinken“ weltweit übernommen, ohne dass allerdings sein spezieller sprachlich-gesellschaftlicher Kontext ausreichend beachtet wurde. Die einzelnen Elemente, Themen, Kontrahenten und Begriffe wurden also übertragen, ohne übersetzt zu werden.

Ein gutes Indiz für die Besonderheit der meisten US-amerikanischen sozialen Kämpfe und deren theoretischer

Niederschläge besteht darin, dass die wichtigsten Kategorien dieser Theoreme nicht gut in andere Sprachen übersetzt werden können: *race*, *class*, *queer*, *whiteness*, *wokeness* etc. werden etwa im deutschsprachigen Kontext fast ausschließlich im Original verwendet – ganz zu schweigen vom dazugehörigen Jargon. Das bedeutet nicht, dass sie nicht übersetzbar sind, aber bei jeder Übersetzung verlieren sie ihren spezifischen Kontext, sie werden dann oft unverständlich. Die Folge ist der zusammenhanglose und willkürliche Gebrauch.

Das gilt auch für die *Akronym-Politsprache*. Die inklusive, intersektionale, queerfeministische Strömung hat Initialwörter wie LGBTIQ*, FLINTA* oder TERF hervorgebracht, die sogar als Akronyme auf Englisch gehalten sind. Das Fehlen dieser Schlüsselwörter (etwa im Deutschen) ist ein Verweis auf die fehlende Lebenswelt, den abwesenden (politischen) Erfahrungsraum der Termini in dieser Sprache.

Zwei seltsame Phänomene als Beispiel. Erstens: Nicht wenige Autor*innen oder Aktivist*innen benutzen auch in Österreich in Bezug auf die hiesigen diskriminierten Gruppen das Kürzel BIPoC. B steht für „Black“, PoC für „People of Colour“ – das I wiederum bezeichnet „Indigenous“, indigene Personen. Wer bitte ist denn indigen in der Alpenrepublik? Tiroler Schützen, steirische Bauern, oder haben einige Kelt*innen unbemerkt im südlichen Burgenland überlebt?

Zweitens: Der zentrale Text „neulinker“ Theorie zum Thema „Intersektionalität“, *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex* (1989) von Kimberlé Crenshaw, wurde seit seiner Veröffentlichung nicht ins Deutsche übersetzt. Wenn man nicht oder nicht gut Englisch kann, muss man sich aus zweiter Hand über diesen wichtigen Analyseraster informieren.

Jenseits von importiertem, invasivem Politikvokabular und globalen/lokalen Gegenwartsdiagnosen liegt das minoritäre Modell. Es ist zwar universell, weil es ein Verhältnis (Mehrheit-Minderheit) verallgemeinert – aber dieses Verhältnis gestaltet sich in jeder Region, jedem Land, ja, manchmal jedem Teil eines Landes unterschiedlich. So gibt es etwa im amerikanischen Kontinent tatsächlich Indigene, in Indien Hijra, in Österreich Kärntner Slowen*innen und in Deutschland (ebenso in Österreich) die sogenannten Gastarbeiter, deren Geschichte in Vergessenheit geraten ist, bevor sie jemals Anerkennung fand.

Die minoritäre Perspektive einzunehmen bedeutet, eine verschüttete Ebene des Politischen sichtbar zu machen. Sowie eine Geschichte, die vergessene politische Kämpfe wie Treibgut mit sich führt und mit den gegenwärtigen verbinden kann.



GEDENKSTÄTTEN IM LÄRM DER ZEIT

DOOR EHRENDI. 6900 NEVTELEN ZSIDU. U.S.PORTAL. KAN
HU. TEBEL. HANZHEITEN. UTT. ALUSSZAR. 1906. ALPUDAT

NAMENLOSE

OHNE RECHT AUS DER HEIMAT VERTRIEBEN
OHNE RICHTER DER FREIHEIT BERAUBT
OHNE MITLEID MISSHANDELT UND GEQUÄLT
OHNE URTEIL DEM TODE ÜBERLIEFERT
STUMME MAHRER SEID IHR!

DAITARDAL-EMILERE 1948 NOVEMBER HANZAR
MUTTATA ANSDITZ UHAC



Suche nach den Verlorenen

Die Bewahrung der Spuren von KZ-Verbrechen in privaten Fotografien

Eine junge Frau auf einem Feldweg. Abgewandt von der Kamera, blickt sie in Richtung eines grasbewachsenen Feldes, das von Kreuzen und Davidsternen gesäumt ist. Der Aufnahme haftet etwas Flüchtliges und zugleich Intimes, Verletzliches an, was durch die Unschärfe des Bildes unterstrichen wird. Die Fotografie zeigt Trude Friedler (geb. 1927 als Trude Marx) im Juli 1949 auf dem nach der Befreiung des KZ Ebensee errichteten Lagerfriedhof. Sie war gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten Moritz Friedler dorthin gereist, der vermutlich auch den Auslöser der Kamera betätigte. Beide waren ursprünglich aus Wien und Überlebende – er durch Flucht nach England, sie als U-Boot in Wien –, lernten einander nach dem Krieg kennen und arbeiteten für die Hilfsorganisation *American Joint Distribution Committee*. Beide hatten Angehörige im Holocaust verloren. Das Foto ist Teil einer privaten Sammlung, die ihre Besuche ehemaliger Außenlager des KZ Mauthausen dokumentiert.

Über Jahrzehnte prägten sogenannte *Atrocity Pictures* – Aufnahmen von „Leichenbergen“, Orten und Opfern der Gewalt – und „Täterfotografien“ die öffentliche Repräsentation nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Demgegenüber entwickelten Familienangehörige der Ermordeten und Überlebende im Privaten eine andere, nicht öffentliche Visualität.

Die für dieses Themenheft ausgewählten Fotografien wurden überwiegend von Privatpersonen angefertigt, die bereits in den ersten Nachkriegsjahren zu ehemaligen Konzentrationslagern in Österreich reisten, um nach Spuren der dort ermordeten Angehörigen oder Mithäftlinge zu suchen und ihrer Trauer einen Ort zu geben – aber auch, wie die Holocaustforscherin Miriam Novitch, zu dokumentieren.

Parallel gründeten Überlebende und Familienangehörige in vielen Ländern Verbände und organisierten Pilgerfahrten zu den Lagern – meist anlässlich der jährlichen Befreiungsfeiern.

Während das KZ Mauthausen schon 1949 staatliche Gedenkstätte wurde, gerieten seine über 40 Außenlager auf österreichischem Boden in Vergessenheit. Oft gegen den politischen Willen setzten KZ-Überlebende und Angehörige Ermordeter Erinnerungszeichen und Gedenkort durch. Eine der größten Opferorganisationen, die französische *Amicale*, organisierte bereits ab 1948 jährliche *Pèlerinages* (Gedenkfahrten) nach Mauthausen und zu den ehemaligen Außenlagern in Gusen, Melk, Ebensee sowie zur Mordanstalt Schloss Hartheim.

Die Fotografien dokumentieren sowohl Besucher*innen als auch die materiellen Überreste des Lagersystems – etwa die Krematoriumsöfen als symbolischen Ersatz für die fehlenden Gräber – und schließlich den fortschreitenden Verfall und das Verschwinden der Lagerareale. Sie zeigen, wie die Besucher*innen zu Zeug*innen dieser Spuren-beseitigung wurden. Es handelt sich um private Fotos, gemacht ohne Intention auf Veröffentlichung. Meist in privaten Sammlungen oder Fotoalben aufbewahrt, zeigen sie, wie zentral Überlebendenverbände und Nachkommen von Opfern für den Aufbau von Gedenkstätten, die Durchsetzung von Erinnerungszeichen und für eine aktive Erinnerungskultur waren. Die Überreste ehemaliger Lager waren für sie nicht nur Mahnmale für die Zukunft, sondern auch Symbol des Sieges über das NS-Regime und Orte des Trauerns um den Verlust geliebter Menschen.

Aus gegenwärtiger Perspektive sind die Fotografien in mehrfacher Hinsicht historische Quellen: Sie dokumentieren persönliche und kollektive Erinnerungssprachen, Zeugenschaft sowie den Zustand der Lager und ihre Veränderungen über Jahrzehnte. Auf manchen Albumblättern oder den Rückseiten von Fotografien wurde festgehalten, was dort einst – und zum Zeitpunkt der Aufnahme noch – zu sehen war. So auch im Album von Hilda Lepetit, Witwe des in Ebensee inhaftierten und dort am 4. Mai 1945 verstorbenen Industriellen Roberto Lepetit. Schon im Herbst 1945 reiste Hilda Lepetit zu den Orten der Inhaftierung und des Todes ihres Mannes und dokumentierte ihre Besuche in einem Album. Mit der Errichtung eines Denkmals über einem Massengrab legte sie den Grundstein für die spätere KZ-Gedenkstätte Ebensee.

Die Ablichtung der Hinterbliebenen an den langsam verschwindenden Gewaltorten verleiht den Fotografien eine eigentümliche Qualität: Ihre Anwesenheit macht die Abwesenheit der Verlorenen als Leerstellen spürbar. Die Bilder lassen sich – in Anlehnung an Jean-Luc Nancy – als Narben und Spuren lesen, die von persönlichen Verlusten, einer Gewaltgeschichte und dem Bemühen zeugen, diese Erfahrungen zu bewahren und weiterzugeben.

Vida Bakondy, Historikerin und Kuratorin. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Sammlungen an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Ralf Lechner, Leiter der Sammlungen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Er war Kurator unter anderem der Dauerausstellungen „Das Konzentrationslager Mauthausen 1938–1945“ und „Der Tatort Mauthausen“ an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.



Trude Friedler
am Lagerfriedhof
in Ebensee, Juli
1949. Quelle:
USHMM, Friedler
family papers.



„Ansicht vom Lager“
[„vista del campo.“]:
Albumseite mit Panorama-
ansicht vom ehemaligen
KZ Ebensee, März 1947.
Quelle: Zeitgeschichte
Museum und KZ-Gedenkstätte
Ebensee, Sammlung Hilda
Lepetit.



↑
crematorio

↑ ↑
infermeria

vista del campo

KZ-Gedenkstätten in Österreich

Ein Blick auf Geschichte und Gegenwart

Erinnerungskultur ist ein umkämpftes Feld. Die Geschichte der KZ-Gedenkstätten in Österreich zeigt, wie stark Formen des Gedenkens von zeitgenössischen Interessen, internationalen Konstellationen und gesellschaftlichen Tabus geprägt waren. Die Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und seiner Außenlager erzählt daher nicht nur von der NS-Vergangenheit, sondern auch vom Wandel des österreichischen Geschichtsbewusstseins bis heute.

Denkt man an aktuelle öffentliche Debatten über Gedenkstätten und Denkmäler, so fällt einem die Auseinandersetzung um das Lueger-Denkmal in Wien oder der Polizeieinsatz im Sommer 2025 am Gedenk- und Lernort Peršmanhof wohl als Erstes ein. Vielleicht auch die Diskussionen um den Umgang mit dem ehemaligen Frauen-KZ-Außenlager in Hirtenberg sowie um belastete Straßennamen.

Die Konflikte entzündeten sich dabei an grundsätzlichen Fragen: Soll ein aus heutiger Sicht problematisches Denkmal wie jenes von Karl Lueger entfernt oder kontextualisiert werden? Soll ein Herbert-von-Karajan-Platz in Salzburg, wo es letztlich um die Bewertung seiner Rolle in der NS-Zeit geht, umbenannt werden? Oder reicht eine Erläuterungstafel? Wie umgehen mit Gefallenendenkmälern, wenn sie, wie im vorarlbergischen Silbertal mit Josef Vallaster den

Namen eines Wachmannes des Vernichtungslagers Sobibor enthalten, der beim Häftlingsaufstand getötet wurde? Sollen, wie im Fall Hirtenberg, Erinnerungszeichen an Orten gesetzt werden, auf die bisher nichts verwies? Wie weit sollen generell Spuren von NS-Verbrechen erhalten werden oder sind nicht nachträgliche Denkmäler adäquater? Sollen Täter_innen benannt oder hauptsächlich an Opfer erinnert werden? Und welcher Opfer wurde aus Gründen gesellschaftlicher Tabuisierung bisher zu wenig gedacht? Man denke an den langen Kampf um Erinnerungszeichen für homosexuelle bzw. queere Verfolgte.

Letztlich geht es bei solchen Fragen der Erinnerungskultur um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, in denen deutlich wird, wer Mitspracherecht beansprucht und wer tatsächlich entscheidet. Divergierende Interessen und Positionen von Staat, Politik, Zivilgesellschaft,

einzelnen Interessensgruppen oder Historiker_innen können dabei mitunter zu heftigen Konflikten führen.

Grundsätzlich sind öffentliche Debatten über das, was unter dem Begriff „Erinnerungskultur“ gefasst wird, zu begrüßen. Sie sind ein positives Element eines demokratischen Rechtsstaates – sofern sie nicht mit gewaltsamen Mitteln ausgetragen werden. Aus historischer Sicht kann man aber auch nicht ganz ausblenden, dass Denkmalstürze Merkmale von Umbruchzeiten sind, bei denen der Grat zwischen legitimer Aktion und Gewaltausübung schmal sein kann.

Der Vollständigkeit halber sei festgehalten, dass manche Denkmalsetzungen kaum Debatten hervorrufen, siehe etwa die Errichtung der Shoa-Namensmauer vor der österreichischen Nationalbank in Wien (im Unterschied etwa zum Mahnmal für die österreichischen

jüdischen Opfer der Shoa am Judenplatz oder zum Mahnmal gegen Krieg und Faschismus vor der Albertina). Die Debatte über die Frage, welche Kriterien der namentlichen Nennung von Opfern auf diesem Denkmal zugrunde liegen, blieb letztlich ein Expert_innen-Diskurs. Man kann dies begrüßen, aber auch bedauern, wenn man bedenkt, dass die meisten öffentlichen Debatten mit der Setzung/Umbenennung/Umgestaltung/Entfernung von Erinnerungszeichen enden, so sie nicht für aktuelle politische Interessen instrumentalisiert und damit neuerlich Gegenstand von Auseinandersetzungen werden.

Die Geschichte der KZ-Gedenkstätten in Österreich, um die es im Folgenden gehen soll, ist von solchen Fragen geprägt, auch wenn Mauthausen als Gedenkstätte heute weitgehend als unumstritten erscheint, sieht man von rechtsextremen Agitationen einmal ab. Betrachtet man die Nachgeschichte des KZ Mauthausen näher, so wird deutlich, dass auch dieser Ort mit einer langen konfliktreichen Geschichte verbunden ist und, mit Blick auf Außenlager des KZ Mauthausen und das Zweiglager Gusen, Debatten über den Umgang mit diesem Erbe bis heute andauern.

Als US-Armeeeinheiten Anfang Mai 1945 die KZ Mauthausen und Gusen und noch bestehende Außenlager wie Ebensee oder Gunkirchen befreiten, in denen insgesamt über 190.000 Personen, vorwiegend Männer, aber auch mehrere tausend Frauen, aus allen Ländern Europas und darüber hinaus eingewiesen worden waren und über 90.000 getötet wurden, war die Zukunft dieser Verbrechensorte noch völlig offen. Für Mauthausen reichten die Nutzungsvorschläge von einem Kinderheim über ein Krankenhaus bis hin zu einer Fabrikationsstätte. In den Augen vieler Überlebender war es vor allem ein Ort des Leidens und Sterbens, an den die Erinnerung durch Errichtung einer Gedenkstätte wachgehalten werden sollte.

Mit der alliierten Zonenregelung fiel Mauthausen ab Sommer 1945 in die sowjetische Besatzungszone, das Lagergelände wurde für einige Monate als Soldatenunterkunft genutzt, stand dann aber bis Sommer 1947 leer. Die anwohnende Bevölkerung demontierte in dieser Phase trotz expliziter Verbote viele Objekte im Lager, an denen in der unmittelbaren Nachkriegszeit Mangel herrschte. Die Bemühungen Überlebender, hier eine Gedenkstätte zu etablieren, führten im Juni 1947 zur Übergabe des Lagergeländes an die Republik Österreich mit der Verpflichtung, dort eine „würdige“ Gedenkstätte zu errichten.

Bis 1949 errichtete die Republik in Zusammenarbeit mit einem neu gebildeten Komitee ehemaliger österreichischer Häftlinge eine im europäischen Vergleich frühe staatliche KZ-Gedenkstätte. Dies ging, nicht zuletzt wegen der zu erwartenden Erhaltungskosten, mit dem Abriss eines großen Teils der Bauten des ehemaligen Lagers einher. Erhalten werden sollten vor allem jene Lagerobjekte, die die zentralen Leidensstationen der Häftlinge repräsentierten.

Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Aus Sicht der Republik verbanden sich mit der Schaffung der Gedenkstätte vor allem außenpolitische Interessen der Darstellung Österreichs als erstes Opfer nationalsozialistischer Aggression. Sprechender Ausdruck dafür ist die Schaffung eines säkularen Weherraums der Häftlingsnationen mit der österreichischen Fahne im Mittelpunkt im ehemaligen Wäschegebäude. Dort wurde auch eine christliche Kapelle eingerichtet, die den in Österreich verbreiteten Re-Katholisierungstendenzen der Nachkriegszeit geschuldet war. In beiden Fällen handelte es sich um eine politische wie religiöse martyrologische Konzeption, die dem Tod der Häftlinge Sinn verleihen sollte.

Die Eröffnung der Gedenkstätte 1949 stand vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges und der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten unter keinen günstigen Vorzeichen, die Reaktion der österreichischen Öffentlichkeit war weitgehend ablehnend. In maximaler Distanznahme zur Verantwortung der österreichischen Gesellschaft sprachen einzelne Medien vom KZ Mauthausen als einer „landfremden“ und „unösterreichischen“ Einrichtung, die man nicht durch eine Gedenkstätte hätte konservieren sollen. Andererseits kritisierten Häftlingsopferverbände, dass der aufgeräumte Gedenkort einen „sanatorienhaften“ Eindruck erwecke und damit die Realität eines KZs verharmlose.

Nach der Eröffnung der Gedenkstätte 1949 erlahmte in Österreich das Interesse an Mauthausen weitgehend. Die Gedenkstätte wurde zu einem weitgehend marginalisierten Ort, der in der Ikonografie des Wiederaufbaus keinen Platz hatte. In der Gedenkkultur dominierten nun den Nationalsozialismus verharmlosende Kriegerdenkmäler.

Demgegenüber war die internationale Aufmerksamkeit für die Gedenkstätte beachtlich. Die ursprüngliche Konzeption, die belassenen Überreste des Lagers als eigentliches Denkmal anzusehen, konnte die Repräsentationsbedürfnisse der in bipolarer Systemkonkurrenz stehenden wiedererstandenen europäischen Nationalstaaten jedoch nicht erfüllen. Auf dem ehemaligen SS-Gelände entstand so ab den 1950er Jahren eine große Ansammlung von nationalen Denkmälern. Die Orientierung am nationalen Gedenken – das überdies ausschließlich männlich konnotiert war, erst 1970 wurde eine kleine Tafel für die Tausenden im Lager inhaftierten Frauen angebracht – sollte es anderen Opfergruppen lange erschweren, in Mauthausen gleichrangige Denkmäler zu errichten. So entstand erst 1975 ein großes jüdisches Denkmal, für die verfolgten Homosexuellen dauerte es bis in

die 1980er-Jahre, ehe eine Erinnerungstafel angebracht wurde, das Denkmal für Sinti und Roma ließ sogar bis 1998 auf sich warten.

An die Sorge ehemaliger Häftlinge, die renovierten Überreste des Lagers könnten ein verharmlosendes Bild hinterlassen, knüpften sich Forderungen an die Republik nach historischen Erläuterungen und einer Ausstellung, denen nur sehr zögerlich nachgekommen wurde. Aus Sicht der Opferverbände sollten sich die historischen Erläuterungen vor allem an eine Jugendgeneration richten, die in einem Klima der Verdrängung und des Beschweigens kaum Kritisches über den Nationalsozialismus vermittelt bekam. Eine Ausstellung zur Lagergeschichte konnte erst in den 1960er Jahren realisiert werden und war seitens der Republik mit dem Anliegen verknüpft, durch Betonung des österreichischen Widerstandes die Opferthese gegenüber dem Ausland zu untermauern. Die Eröffnung fiel 1970 in den Beginn der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys, der in seiner Eröffnungsrede in optimistischer Erwartung die Funktion von Zeitgeschichte für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft herausstrich.

Das „Museum“ Mauthausen blieb für lange Zeit die einzige Dauerausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich – Voraussetzung dafür, dass sich die Gedenkstätte allmählich von einer marginalisierten Einrichtung zum zentralen Ort der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in Österreich entwickeln konnte. 1975, 30 Jahre nach der Befreiung, war mit Rudolf Kirchschläger das erste Mal ein Bundespräsident bei den Befreiungsfeiern anwesend, die Besucher_innenzahlen kletterten bis Anfang der 1980er Jahre auf 200.000 pro Jahr.

In den letzten zwei Jahrzehnten war Mauthausen von Reformbemühungen geprägt, die wesentlich mit den politischen Umwälzungen in Europa seit 1989 zusammenhingen.

Das Ende der Nachkriegsordnung hatte international zu einer breiten Debatte über die Repräsentation von Geschichte in Gedenkstätten und ihre Nutzung für staatliche Symbolpolitik geführt, die auch vor der Gedenkstätte Mauthausen nicht Halt machte. War die These von Österreich als dem ersten Opfer des Nationalsozialismus bereits im Zuge der Debatte um den ehemaligen Wehrmachtangehörigen und Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim heftig in Kritik geraten, galt dies nun auch für die Gedenkstätte in Mauthausen, in der die österreichische Mittäterschaft kaum thematisiert wurde.

Letztlich mündete dies in einen bis heute andauernden Prozess der Neugestaltung und Neuorganisation der Gedenkstätte. 2013 wurden die neuen historischen Ausstellungen in Mauthausen eröffnet; 2017 erfolgte die Ausgliederung aus dem Innenministerium, dem die Einrichtung seit 1948 unterstanden hatte, und die Umwandlung in eine selbstständige Bundesanstalt. Seither ist die Reform zu einem dauerhaften Prozess geworden, wobei sich der Schwerpunkt zuletzt verstärkt auf die ehemaligen Außenlager, insbesondere auf Gusen, verlagert hat.

Außenlager – demontiert und überwuchert

Die Entscheidung der frühen Nachkriegszeit, nur das ehemalige KZ Mauthausen als staatliche Gedenkstätte zu etablieren, trug wesentlich dazu bei, dass das Netz von über 40 Außenlagern – in dem inklusive dem KZ Gusen im Herbst 1944 ungefähr sechsmal so viele Häftlinge inhaftiert waren als in Mauthausen – lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt war.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus, die vor allem durch die KZ-Außenlager und die Evakuierungsmärsche gegen Ende des Krieges im ganzen Land sichtbar waren, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität, wurden auf

Mauthausen reduziert und konnten dorthin – als Ort des Schreckens – verbannt werden.

Die Errichtung von Erinnerungszeichen an den Orten ehemaliger Außenlager war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem ein Anliegen der – mehrheitlich nicht österreichischen – ehemaligen Häftlinge. Im Unterschied zu Mauthausen standen die meisten der baulichen Überreste der Außenlager als Anknüpfungspunkte für Gedenkstätten aber nicht zur Verfügung. Barackenlager wie z. B. im Außenlager Bretstein waren schon während des Krieges wieder demontiert worden. Viele der Lagerbauten befanden sich direkt auf dem Gelände jener Firmen, bei denen die Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten, wie etwa in Linz bei den ehemaligen Reichswerken „Hermann Göring“, nun staatliche VOEST.

Die Bereitschaft der Firmen, hier Gedenksteine zuzulassen oder deren Errichtung gar zu fördern, war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten kaum gegeben. Noch in den 1980er Jahren weigerte sich die oberösterreichische Brauerei Zipf, auf ihrem Gelände eine Gedenktafel für das zur Produktion von Raketentreibstoff dort eingerichtete KZ-Außenlager aufstellen zu lassen, obwohl zwischen dem Brauerei-Unternehmen und dem Häftlingseinsatz kein direkter Zusammenhang bestand.

Einzelne Außenlager, wie Klagenfurt, Melk oder Schönbrunn, hatten sich auf dem Gelände von Kasernen befunden, die in den 1950er Jahren wieder vom Bundesheer übernommen wurden und somit auch für die Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Die Areale abseits gelegener ehemaliger Außenlager waren in den 1950er Jahren verwildert, Spuren von der Natur begraben, in anderen Fällen war die Verortung durch Schleifung und nachfolgende Überbauung nur mehr schwer möglich.

Manche wichtige, maßgeblich durch KZ-Zwangsarbeit geschaffene

Bauwerke wurden nach dem Krieg fertig gestellt und in Österreich dem Wiederaufbau zugeschrieben. So der Loibl-Tunnel zwischen Kärnten und Slowenien, der vor allem als eine Möglichkeit wahrgenommen wurde, schneller an die Urlaubsorte an der jugoslawischen Küste zu kommen, oder das Ennskraftwerk Großraming, das auf dem Spielplan des beliebten Brettspiels „DKT“ („Das kaufmännische Talent“) als „elektr. Kraftzentrale“ den wirtschaftlichen Fortschritt symbolisierte und für die heranwachsende Generation dessen Entstehungsgeschichte noch einmal völlig ausblendete. Die mit KZ-Häftlingen zu einer unterirdischen Flugzeugfabrik für den sogenannten Heinkel-Volksjäger ausgebaute Seegrotte Hinterbrühl südlich von Wien, ursprünglich ein Gipsbergwerk, wurde wieder als Touristenattraktion eröffnet und wirbt bis heute mit Europas „größtem unterirdischen See“.

Besonders kriegswichtige von KZ-Häftlingen geschaffene gigantische Bauwerke wie die unterirdischen Fabrikanlagen in Ebensee, St. Georgen an der Gusen und Melk, waren in der Regel zunächst nicht zugänglich oder wurden zum Teil durch gezielte Sprengungen der Alliierten militärisch unbrauchbar gemacht. Manche Stollen dienten später zur Champignonzucht oder auch als Abenteuerspielplätze für die anwohnenden Jugendlichen.

Die Fixierung des Gedenkens auf das ehemalige Lager Mauthausen durch die Republik Österreich führte vor allem bei den ausländischen Verbänden ehemaliger KZ-Häftlinge schon Ende der 1940er Jahre zu Bemühungen, Erinnerungszeichen auch an den Orten ehemaliger Außenlager zu errichten.

Dort, wo schon früh Denkmäler von österreichischer Seite angebracht wurden, wurde das Gedenken oft weitgehend enthistorisiert, wie in der von der Gemeinde Peggau 1955 errichteten Gedenktafel für das dortige Außenlager mit den Worten: „Hier ruhen 82 Tote. 1944–1945. Man

kennt nicht ihre Namen, nicht ihre Heimat, wir wissen nur: Sie haben Namenloses erlitten, sie waren aus dem Konzentrationslager Mauthausen gekommen.“ Dieser Text wurde auch beibehalten, nachdem das Denkmal 1983 durch einen rechts-extremen Anschlag zerstört worden war und deshalb neu errichtet werden musste.

Seit den 1980er Jahren hat sich der Umgang mit den Orten der ehemaligen Außenlager entschieden geändert, auch wenn die rezenten Konflikte, wie jener um den Schutz des ehemaligen Lagergeländes des Frauen-KZ-Außenlagers in Hirtenberg, den Eindruck vermitteln, man befände sich noch in den Erinnerungskonflikten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Träger von Initiativen für Erinnerungszeichen waren nun meist lokale Gruppen einer jüngeren Generation, die sich kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort auseinandersetzen wollten.

Kooperation in Gedenkprojekten

Nicht zuletzt hat auch die KZ-Forschung seit den 1980er Jahren den Blick auf die Geschichte der Außenlager gerichtet und das Wissen darüber, zum Teil in Kooperation mit lokalen Initiativen, ganz erheblich erweitert. So entwickelte sich in Melk aus einer eher vernachlässigten kleinen Gedenkstätte im ehemaligen Krematorium auf Basis wissenschaftlicher Forschungen in Kooperation mit dem lokalen Verein „Merkwürdig“ eine sehr aktive Gedenkstätte, die mittlerweile in die Bundesanstalt Mauthausen integriert ist. Ähnliches gilt für die KZ-Gedenkstätte in Ebensee, wo dieser Prozess durch die gleichzeitige Einrichtung einer Gedenkstätte und des *Zeitgeschichte Museum Ebensee* schon länger in Gang war.

Eine besonders dynamische Entwicklung lässt sich derzeit am Erinnerungsort Gusen beobachten. Die langjährigen Forderungen des lokalen Gedenkdienstkomitees, unter-

stützt u. a. von der diplomatischen Vertretung Polens, die Gedenkstätte entsprechend der historischen Bedeutung des Lagers Gusen zu entwickeln, führten in den letzten Jahren zum Ankauf von noch vorhandenen Teilen des ehemaligen Lagergeländes durch die Republik Österreich. War die Neugestaltung in Mauthausen von einer kleinen Gruppe aus Expert_innen konzipiert worden, die auch zur Kritik mangelnder Partizipation führte, wurde nun unter Leitung der Bundesanstalt Mauthausen erstmals ein professionell moderierter großer Beteiligungsprozess unter Einbindung aller in- und ausländischen Interessensgruppen, der betroffenen Gemeinden und der anwohnenden Bevölkerung durchgeführt, der Basis für einen nachfolgenden Architekturwettbewerb für die Gestaltung des Ortes war. In den nächsten Jahren wird hier nun nach Mauthausen die größte KZ-Gedenkstätte in Österreich entstehen. Bei allen Rückschlägen, die es in der Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Österreich mit Blick auf Hirtenberg immer wieder gibt, kann man positiv an Beispielen wie Gusen, Melk, Bretsein oder dem Loibl-Pass mitnehmen, dass eine breite Beteiligung, konkret das Zusammenwirken von regionalen gesellschaftlichen Initiativen, professionellen Gedenkinstitutionen und der Wissenschaft, am ehesten dazu führt, Gedenkprojekte erfolgreich zu realisieren, auch wenn es dafür oft einen langen Atem braucht.

Bertrand Perz:
Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart.
Innsbruck-Wien-Bozen:
Studienverlag 2006.

Bertrand Perz, bis 2023 Univ. Prof. am Institut für Zeitgeschichte, ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.



„Blick zum Ausgang, oben von Block 6 (Messerschmidt)“
 [„Vue vers la sortie du haut du bloc 6. (Messerschmidt)“]:
 Teile des Geländes des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen. Im Hintergrund sind Besucher*innen zu sehen sowie das ehemalige Jourhaus, Sitz der SS-Lagerverwaltung und Eingang zum Lager.
 Quelle: KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Album von Louis-Henri Bussel.



Französische Teilnehmer*innen einer Pèlerinage, organisiert von der Überlebendenorganisation Amicale, im Gespräch mit Bewohner*innen von Gusen, um 1950.
 Quelle: KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Album von Louis-Henri Bussel.



Der doppelte Boden

Audioweg Gusen |
Eine neue Form von
Erinnerungskultur
für Orte mit vielen
Identitäten

Im Audioweg Gusen verbinden sich Gegenwart und Vergangenheit. Startpunkt ist das Memorial in Gusen | Foto: Dietmar Tollerian

Der Audioweg Gusen erkundet das verborgene Gedächtnis einer Gegend, in der während der NS-Diktatur die Konzentrationslager Gusen I und II lagen. Über Kopfhörer führt eine Stimme durch eine Wohn- und Erholungslandschaft, die ihre Vergangenheit kaum erahnen lässt. Zu hören sind Originalaufnahmen von Überlebenden, regionalen Zeitzeug:innen, heutigen Anwohner:innen sowie Wehrmachts- und SS-Angehörigen. Hörbar wird, was nicht mehr zu sehen ist – ein Ort erscheint aus verschiedenen Perspektiven neu.

In St. Georgen an der Gusen aufgewachsen, bin ich als Kind mit dem Fahrrad durch die Siedlung geflitzt. Bis ich vierzehn Jahre alt war, war mir nicht bewusst, dass der Ort, in dem ich lebte, vor nicht allzu langer Zeit eine völlig andere Identität gehabt hatte – das traf damals in den siebziger und frühen achtziger Jahren auf die meisten Bewohner:innen zu. Was das heißt, lässt sich vielleicht gut vorstellen, wenn man sich den Ort der Kindheit vergegenwärtigt – und dann im Jugendalter erfährt: Das Haus, die Gärten, die Straße – all die Orte, die man als Kind berührt hat – waren der Standort eines Konzentrationslagers von der Größe Mauthausens.

Gusen war das einzige Konzentrationslager dieser Größenordnung in Mitteleuropa, das nicht zu einer Gedenkstätte umgewandelt worden war. Es stand für ungeordnete, nicht hergerichtete Erinnerung und damit wie ein Symbol für viele andere Orte, die überformt und vergessen wurden. Die Vergangenheit wurde in Gusen nicht aufgearbeitet, sondern weggelegt und nicht erinnert – wenngleich sich ihre Spuren in das Leben der Menschen und in die Gebäude hineingezogen haben. Die Historikerin Cornelia Siebeck formulierte das in einem Interview zum Audioweg Gusen einmal so: „Die Vergangenheit ist hier nicht privilegiert, wie wir

das aus Gedenkstätten gewöhnt sind. Diese scheinen aus dem gegenwärtigen sozialen und physischen Raum herausgelöst zu sein, man nimmt sie als radikal vergangene Orte wahr.“

Für mich war diese Erkenntnis wie die Erfahrung eines doppelten Bodens. Wie können die Realität des Wohnortes und die Wirklichkeit dieser brutalen Vergangenheit zusammenfinden? Wie lässt sich damit umgehen? Wie fühlt es sich an? Kann beides gleichzeitig existieren? Ist es in Gusen möglich, eine Brücke zum „normalen Leben“, zum gegenwärtigen sozialen und physischen Raum, zu schlagen?

Ich habe nach Stimmen der marginalisierten Erinnerung gesucht. Nach menschlichen Stimmen, nach persönlichen Perspektiven. Ich wollte mit den Menschen, die in Gusen gelebt oder überlebt haben, zu Orten gehen, die ich aus der Kindheit kannte, und sie fragen: Was hast du gesehen? Was hast du erlebt? Wenn du dich in den Moment hineinversetzt, als würdest du ihn jetzt erleben – was siehst du, was spürt dein Körper, was hörst du?

Die Originalstimmen sollten genau an dem Ort, von dem sie berichten, hörbar sein. Es sollte ein Moment der Gleichzeitigkeit entstehen, in dem der Blick der Sprechenden und der Besucher*innen auf dasselbe gerichtet ist.

Mit Unterstützung des Gedenkdienstkomitees Gusen konnten wir zahlreiche ehemalige Häftlinge gewinnen, die bereit waren, sich auf eine ungewöhnliche Interviewtechnik einzulassen. Diese wurde von Psycholog*innen begleitet. Dabei wurde versucht, die Erinnerungen direkt mit dem Blick auf den Ort zu verbinden.

Mit der Perspektive der Anwohner*innen, die in Gusen und St. Georgen teilweise sehr engen Kontakt mit dem Konzentrationslager hatten – und für mich als jemand, der hier aufgewachsen ist, von besonderer Bedeutung waren –, wurde die ohnehin sehr anspruchsvolle Arbeit noch schwieriger: Es tauchte die Brücke zum ganz „normalen“ Leben auf. Dies berührte viele Tabus: War es in der Gedenkarbeit zulässig, zu erzählen, wie schön es etwa gewesen sei, mit den SS-Männern zu tanzen? Durfte ich die heutigen Anwohner:innen fragen, wie es ist, an diesem Ort zu leben? Und wozu sollte die Sichtweise eines SS-Mannes gut sein?

Seit der Entstehung des Audiowegs Gusen hat sich diesbezüglich viel verändert. Das Thema Täter und Täterinnen wird inzwischen häufiger angesprochen, bestimmte Aspekte werden jedoch weiterhin abgelehnt – selbst wenn sie von außen betrachtet einleuchtend erscheinen. So erhielt ich kürzlich bei einer Tagung auf die Frage, ob es sinnvoll sei, die Innensicht der Täter zu erfragen, die ablehnende Antwort: „Das wäre ja Psychologie.“

Die Tabuzonen, denen wir während der Arbeit am Audioweg begegneten, waren herausfordernd – von außen erschienen sie fast banal, fast lächerlich. Dabei wurde ein zentraler Aspekt von Tabus besonders deutlich: Man tut Dinge nicht, fragt Dinge nicht, sagt Dinge nicht – und merkt es oft nicht einmal. Man denkt gar nicht daran, dieses Hindernis zu überwinden, weil man sich seiner Existenz nicht bewusst ist. Es steht wie eine gegebene Grundannahme da, und man bewegt sich ganz selbstverständlich darum herum.

Bei der Produktion beschäftigte mich die doppelte Identität des Ortes sowie die unterschiedlichen Perspektiven, die Menschen auf ihn haben. In den Interviews versuchte ich, mich in diese Perspektiven hineinzusetzen und den Ort mit den Augen der jeweiligen Person zu sehen.

Als Besucher*in des Audiowegs läuft man mit einem Kopfhörer durch den Ort und nimmt ihn aus ganz verschiedenen Blickwinkeln wahr, die teilweise einander diametral entgegenstehen.

Wie lassen sich diese verschiedenen Perspektiven im Raum erfahrbar machen?

In meinen künstlerischen Arbeiten verbinden sich oft drei Elemente: Körper, Raum und Gedanken. Gemeint sind damit der eigene Körper der Besucher*innen, die Räume, die sie betreten, und die Gedanken in Form von Stimmen interviewter Personen, die sie über Kopfhörer wahrnehmen. Im Unterschied zu digitalen Medien-erlebnissen, bei denen Körper und Ortsbezug kaum eine Rolle spielen, zielen diese Projekte darauf ab, alle drei Elemente zu integrieren: den eigenen Körper, den Raum und die Gedanken von Menschen, die in Beziehung zu ihm stehen. So entsteht eine immersive Erfahrung, die fest an einen konkreten Ort gebunden ist.

Mein Zugang zum Projekt hat sich nicht auf konzeptueller Ebene entwickelt, sondern durch künstlerische Praxis, in der ich viel mit Performances gearbeitet habe. Nach einer Arbeit, bei der ich drei Tage lang auf einem in die Erde gesetzten Holzpfiler mitten

in der Wiener Kärntnerstraße stand, hat sich für mich die Wahrnehmung des Raums radikal gewandelt. Seither gibt es in meinen Arbeiten keinen Performer mehr, den man anschaut, sondern Räume, in die Menschen hineingeführt werden. Aus dieser Erfahrung entstand auch die Idee, mit Stimmen zu arbeiten – eine Art Audioarchäologie.

Das teilweise sehr offene Klima in der Gedenkstätte Mauthausen sowie in den Gemeinden St. Georgen und Gusen (bzw. Langenstein) ermöglichte 2005 die Zusammenarbeit mit diesen wichtigen Partnern am Audioweg Gusen, der schließlich im Mai 2007 eröffnet wurde. Durch das Projekt wurde erstmals in größerem Umfang sowohl in der nationalen als auch internationalen Presse über Gusen berichtet. Seither konnten durch die Initiativen zahlreicher Menschen und Institutionen Fortschritte erzielt werden, die zur Zeit der Entstehung des Audiowegs noch als unrealistischer Traum gegolten hätten: An zwei markanten Bereichen des Konzentrationslagerkomplexes von Gusen 1 und 2 entstanden Gedenkorte: der Appellplatz von Gusen 1 mit dem umliegenden Gelände und der zweieinhalb Kilometer entfernte Eingangsbereich der unterirdischen Produktionsstätte Bergkristall, wo 2020 das Haus der Erinnerung eröffnet wurde. Der Audioweg Gusen liegt zwischen diesen beiden neuen Gedenkorten, verbindet sie und führt in den ungeordneten Erinnerungsraum, in den unsichtbar bleibenden Raum des Lagers.

Besucherinfos

Dauer: ca. 99 Min. (Rückweg 25 Min. in Stille)

Anreise: Bus von Linz → Haltestelle „Gusen Memorial“

www.gusen-memorial.org

Christoph Viscorsum (vormals Christoph Mayer chm.) realisiert orts- und situationspezifische Kunstprojekte, die Besucher:innen zu teilnehmender Beobachtung einladen und in denen Körper, Raum und Gedanken verschmelzen. Er lebt in Berlin, ist in St. Georgen an der Gusen aufgewachsen und u. a. verantwortlich für den Audioweg Gusen sowie Projekte im öffentlichen Raum in Wien, Berlin und im Toten Gebirge.



Gedenkstein für die
jüdischen KZ-Opfer am
Lagerfriedhof in
Gunskirchen | 8. Mai 1952.
Quelle: USHMM, Friedler
family papers.

GUNSKIRCHEN, AUSTRIA
K.Z. CEMETERY
8 MAY 1952

Es ist eine wunderbare Arbeit –
aber auch wunderbar schwierig



Gudrun Blohberger, pädagogische Leiterin des
Memorial Mauthausen, im Stimme-Gespräch

Die Gedenkstättenpädagogin **Gudrun Blohberger** engagiert sich seit den 1990er-Jahren in der historisch-politischen Bildungsarbeit zu den NS-Verbrechen. Im Gespräch mit **Gamze Ongan** und **Cornelia Kogoj** reflektiert sie ihren Weg von Oberösterreich über den Peršmanhof in Südkärnten bis zur KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Dabei stehen Erinnerungskultur zwischen Ehrenamt und Institution, die Grenzen der Geschichtsvermittlung sowie Momente von Zweifel und Zuversicht im Fokus – kurz: die tägliche Arbeit an Menschlichkeit.

Seit mehr als einem Jahrzehnt stehen Sie an der Spitze der pädagogischen Abteilung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Zuvor verantworteten Sie die Museumpädagogik am Landesmuseum Kärnten und waren Obfrau des Društvo/Verein Peršman. Wie nahm Ihr Weg seinen Anfang? Und was hat Ihr anhaltendes Engagement für die Erinnerung an die NS-Verbrechen geprägt?

Ich bin mit 20 Jahren von Oberösterreich nach Kärnten gezogen und habe mich im Südkärntner Raum angesiedelt. Ich wusste zwar, dass im südlichen Grenzgebiet eine slowenischsprachige Volksgruppe lebt, hatte aber keine Vorstellung davon, wie sich das im täglichen Leben anfühlt und welche Konflikte dahinterstehen. Das habe ich erst als junge Erwachsene in Kärnten selbst erfahren.

Ich habe an der Universität Klagenfurt Pädagogik und Grundlagen der Psychologie studiert. Über meine Professoren, darunter Peter Gstettner und Dietmar Larcher, stieß ich auf die Geschichte des Peršmanhofs und war verblüfft, dass ich – obwohl ich schon mehrere Jahre in Südkärnten lebte – noch nichts davon gehört hatte. Also machte ich mich im Frühjahr 1998 auf den Weg dorthin.

Ana Sadovnik, die als Kind das Peršman-Massaker überlebt hatte, ließ uns ins Haus – ein Moment, der mich nachhaltig prägte. Der Peršmanhof ist ein Ort, der große Kontroversen hervorruft. Schon davor wurde mir geraten, nicht hinzufahren und mich bloß nicht ins Gästebuch einzutragen. Gerade diese Eindrücke haben mich aber letztendlich motiviert, mich in meinem Studium intensiv mit Erinnerungskultur und Gedenkstättenpädagogik zu beschäftigen – bis heute.

War Gedenkstättenpädagogik damals expliziter Bestandteil der Ausbildung?

Nein, der Begriff Gedenkstättenpädagogik hat sich in Österreich erst Mitte der 1990er Jahre etabliert. Ich hatte aber die Gelegenheit, im Rahmen des Studiums viele Gedenkort kennenzulernen und mich mit pädagogischer Arbeit an diesen Orten auseinanderzusetzen. Ich habe mich intensiv mit den zwei Seiten der Kärntner Erinnerung beschäftigt: der dominanten Geschichtstradierung und dem Ringen der Volksgruppe um Anerkennung ihrer eigenen Erinnerung.

Kann man sagen, dass alles am Peršmanhof begann?

Der Peršmanhof hat eine große Kraft. Ich bin nicht die Einzige, die an diesem Ort hängen geblieben ist – viele kehren immer wieder zurück, weil es so empörend ist, dass eine derart große Ungerechtigkeit über so lange Zeit kaum thematisiert wurde. Hier wird das Hineinwirken der Vergangenheit in die Gegenwart besonders deutlich. Meine Arbeit am Peršmanhof war überwiegend ehrenamtlich. Zu der Zeit war ich Museumpädagogin im Kärntner Landesmuseum und habe später dort die Leitung der Abteilung übernommen. Als in Mauthausen die Stelle der pädagogischen Leitung ausgeschrieben wurde, habe ich mich beworben – und es hat geklappt. Inzwischen bin ich schon über elf Jahre hier tätig.

Ich glaube, man kann dieses Thema entweder meiden – oder es lässt einen nicht mehr los und prägt ein ganzes Leben. Welche Bedeutung hat die NS-Vergangenheit für Ihre eigene Familiengeschichte?

Mein Aufwachsen war von einer leisen Trauer begleitet. Mein Großvater war aus Russland nicht zurückgekehrt, und die unsägliche Armut der Nachkriegsjahre hatte meinen Vater tief geprägt. Ich empfand ihn, ebenso wie seine Mutter und Brüder, als Kriegsoffer. Erst als Jugendliche begann ich zu begreifen, dass es neben dieser familiären Leidensgeschichte auch eine andere, größere Perspektive gab. Meine Mutter begleitete uns bei dieser Erkenntnis unterstützend. Sie gab uns Bücher zum Lesen – das Tagebuch der Anne Frank, die Geschichte der Geschwister Scholl. Mit sechzehn nahm ich mir vor: Sollte ich einmal eine Tochter haben, würde ich sie Sophie nennen. Meine Tochter heißt Sophie.

Sie waren eine der treibenden Kräfte hinter der Neugestaltung des Museums am Peršmanhof und der Entwicklung eines pädagogischen Konzepts. Wie sind Sie dabei vorgegangen?

In meinem ersten Sommer am Peršmanhof lernte ich Aktivisten wie Marjan Sturm, Mirko Messner und Willi Ošina kennen. Mirko Messner hatte die Idee, den Hof zu einem internationalen Jugendbegegnungszentrum weiterzuentwickeln. Gleichzeitig war klar: Die Zeitzeugen – unter ihnen Peter Kuhar, der als Kurier bei den Partisanen tätig gewesen war – waren ins hohe Alter gekommen. Ihre Kinder engagierten sich weiterhin im Partisanenverband, doch es brauchte zusätzlich eine jüngere Generation, auch über die Volksgruppe hinaus. Die deutschsprachigen Kärntnerinnen und Kärntner sollten ein Zeichen setzen, dass ihnen dieser Ort nicht gleichgültig ist. So gründeten wir 2001 den Društvo/Verein Peršman. Die erste Obfrau war Tina Leisch, ich folgte ihr später nach. Unser Ziel war es, das

1982 eröffnete Museum grundlegend neu zu gestalten – ohne nennenswerte finanzielle Mittel. Im Rahmen eines Forschungsprojekts wurden Archive und Gerichtsakten ausgewertet, parallel arbeiteten wir an einer neuen Ausstellung und einem pädagogischen Konzept. Nach Jahren intensiver Arbeit wurde das neue Museum schließlich am 24. Juni 2012 eröffnet.

Der Titel unserer Schwerpunktausgabe ist von den aktuellen Ereignissen rund um den Peršmanhof inspiriert: Gedenkstätten im Lärm der Zeit. Durch die Polizeirazzia im vergangenen Sommer rückte der ansonsten stille Peršmanhof unvermittelt in den Fokus der Öffentlichkeit. Das muss eine große Herausforderung für die Vermittlung sein.

Es gab schon einmal einen Moment, in dem der ruhige Peršmanhof plötzlich belebt wurde: als Maja Haderlap mit ihrem Debütroman *Engel des Vergessens* den Bachmannpreis 2011 gewann. Das war zwar ein sehr spezielles Publikum, das auf den Spuren von Haderlap in die Region kam, aber einen Sommer lang hatten wir alle Hände voll zu tun. Bei aller Traurigkeit und allem Erschrecken – manche sagen, eine bessere PR-Aktion als der Polizeieinsatz hätte es für den Peršmanhof nicht geben können. Das ist natürlich für die Kolleginnen und Kollegen im Museum eine riesige Herausforderung. Sie arbeiten ehrenamtlich und verfügen über keine solchen Strukturen, wie wir sie im Mauthausen Memorial haben. Schon die zahlreichen Presseanfragen zu beantworten und gegenüber der Politik eine klare Haltung zu entwickeln, war nicht einfach. Es ist daher höchste Zeit, den Peršmanhof von einer ausschließlich ehrenamtlich geführten Institution hin zu einer abgesicherten zu entwickeln. Pädagogische Gedenkstättenarbeit kann man nur leisten, wenn man sie kontinuierlich leistet – nicht projekt- und anlassbezogen. Vielleicht ergibt sich durch diesen großen Skandal und durch das Mehr an Aufmerksamkeit die Chance, die Arbeit am Peršmanhof insgesamt, insbesondere die Vermittlungsarbeit,

auf eine Ebene zu heben, auf der sie nicht mehr ausschließlich von ehrenamtlichem Engagement getragen wird.

Im Gedenkstättengesetz ist eine sehr anspruchsvolle Zielsetzung formuliert: historische Wissensvermittlung über die NS-Verbrechen, Reflexion über deren Ursachen und Folgen, Herstellung von Bezügen zu Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie bis zur Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus. Ist das alles für eine Gedenkstätte leistbar?

Manchmal habe ich das Gefühl, dass ein politischer Reflex einsetzt, sobald ein Missstand beobachtet wird: Schicken wir alle nach Mauthausen und sie kommen als geläuterte Menschen heraus. So funktioniert es nicht. Mauthausen ist keine Schutzimpfung. Ja, wir können versuchen, die Verbindungslinien zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen, Menschen anzuregen, ihre politischen Entscheidungen oder Handlungen gut zu überdenken. Aber wir können nicht die Welt ändern. Manche berichten, dass ein Schulbesuch in der KZ-Gedenkstätte vor 20 Jahren tiefe Spuren hinterlassen habe. Ja, ein Gedenkstättenbesuch kann schon etwas in Bewegung bringen, aber nicht automatisch bei allen. Wenn er gut vorbereitet ist und Lehrkräfte das Interesse weiterfördern, kann daraus eine intensive Auseinandersetzung und bewussteres Handeln erfolgen, doch dafür reicht ein zweistündiger Besuch allein nicht aus. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In der Gedenkstättenarbeit sprach man früher von „Schockpädagogik“ oder „Betroffenheitspädagogik“. Gibt es für Ihr zeitgemäßes Vermittlungskonzept einen eigenen Begriff – oder eine klare Abgrenzung zu diesen Ansätzen? Sie betonen die Aktualität der NS-Geschichte und die Herstellung von Bezügen zur Gegenwart. Was verstehen Sie unter dieser Aktualität?

Wir gehen davon aus, dass alle, die wir an den Gedenkstätten betreuen, mit

einem gewissen Vorwissen und eigenen Vorstellungen kommen – sei es aus Familie, Schule oder Social Media. Sie – wie wir alle – betrachten die Geschichte und die NS-Verbrechensorte aus einer eigenen gegenwärtigen Position. Wir pflegen an der KZ-Gedenkstätte ein interaktives Vermittlungskonzept. Wir möchten die nötigen Grundinformationen geben, damit unsere Besucherinnen und Besucher den Ort verstehen und begreifen können. Das Ziel ist, miteinander ins Gespräch zu kommen. Mithilfe von Beobachtungsfragen und Lesematerial sprechen die Teilnehmenden selbst Themen an, die ihnen im Vergleich einfallen.

Würden Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Auf dem Areal des Mauthausen Memorial gibt es die Stelle des ehemaligen Sanitätslagers, in dem viele Häftlinge gestorben sind. Daneben lag der SS-Fußballplatz, dessen Zuschauertribüne man heute noch sehen kann. Wir stellen die Frage: Wer waren die Zuschauer? Es waren Menschen aus der Umgebung, die gekommen sind, um ihre Mannschaft zu bejubeln. Wie passt es zusammen, dass auf der einen Seite Tausende Menschen sterben, während auf der anderen Seite Fußball gespielt und gejubelt wird? Das wirft schnell die Frage auf, wie rasch Unrecht zur Normalität wird – und ob das eine oder andere, was wir heute erleben, vielleicht bereits ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Solche Gedanken kommen bei Besuchenden oft von selbst auf. Genau das ist unser Ziel: sie zum Denken, Mitdenken und Mitreden anzuregen, sodass sie selbst Schlüsse ziehen, ohne dass wir sie belehren müssen. Belehren und Moralisieren geht nicht so tief wie eigenes Denken. Es ist eine wunderbare Arbeit – aber auch wunderbar schwierig. Warum sollte es auch einfach sein?

Sie haben eine Gruppe von teilweise sehr jungen Menschen vor sich und wissen nicht, wie viele von ihnen NS-Opfer in der Familie haben, wie viele Täter. Auch nicht, wie viele zugewandert sind und selbst Fluchterfahrungen haben. Wie arbeiten sie mit solchen gemischten Gruppen?

Vielleicht zuerst kurz zu unserem Publikum: Wir betreuen auch viele Erwachsenengruppen – etwa im Rahmen von Bildungsk Kooperationen mit dem Bundesheer, der Justiz und der Polizei. Dazu kommen Touristinnen und Touristen, auch viele zugewanderte Familien. Wir haben also ein sehr diverses und internationales Publikum. Ob Besuchende Opfer in der Familie hatten oder Täter oder ob sie zugewandert sind, spielt für uns keine entscheidende Rolle. Wir werden oft gefragt, ob wir angesichts der Diversität des Publikums spezielle Programme haben. Nein, haben wir nicht – denn unsere Erfahrung zeigt, dass gerade zugewanderte Menschen sehr wohl Zugang zum Ort und seiner Geschichte finden. Wir haben in der Gedenkstätte aktuell einen Zivildienstler mit türkischem Hintergrund. In einem Interview mit einer ORF-Journalistin erklärte er, dass ihm das Thema wichtig sei und er sich engagieren wolle. Zudem habe er selbst Diskriminierungserfahrungen gemacht. Auch solche persönlichen Bezüge schaffen eine Beziehung zum Ort. Man muss nicht Opfer- oder Täterfamilien angehören, um Zugang zu finden. Wenn wir etwa Gruppen im Denkmalpark begleiten, sind viele überrascht: Warum gibt es dort ein jugoslawisches Denkmal? Eine türkische Gedenktafel? Über solche Fragen entsteht ebenfalls Beziehung. Es gibt also viele Wege, um Verbindung herzustellen. Menschen, mit denen man früher persönlich in Beziehung treten konnte – Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – gibt es kaum noch. Was sie geleistet haben, müssen jetzt die Orte übernehmen.

[Dem Rechtsextremismus-Bericht 2024 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands zufolge haben sich die Anschläge auf KZ-Gedenkstätten im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.](#)

Der Rechtsextremismus-Bericht spricht für sich selbst. Wir beobachten ja, wie sich die politischen Auseinandersetzungen und die Gesellschaft verändern. Anhand der politischen Entwicklungen weltweit sprechen manche von einer Zeitenwende. Wir werden sehen, wohin das alles führen wird. Man blickt sorgenvoll auf die Gegenwart und Zukunft, dennoch

dürfen uns Kampfgeist und Zuversicht nicht verlassen.

An der KZ-Gedenkstätte Mauthausen läuft seit zehn Jahren ein Projekt für Jugendliche, die mit dem Verbotsgesetz in Konflikt geraten sind – zu wenig für eine Anklage, aber ernst genug, dass Staatsanwälte ihnen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Tat empfehlen. Anfangs waren wir skeptisch, ob wir nicht eine Bühne bieten, auf der sich Straftäter leicht aus der Verantwortung nehmen könnten. Mittlerweile sind wir vom Projekt überzeugt. Wir können uns nicht nur mit Menschen beschäftigen, die ohnehin achtsam mit der Geschichte umgehen. Es geht auch darum, einen Zugang zu jenen zu finden, die Schwierigkeiten damit haben, häufig junge Menschen aus bildungsfernen Hintergründen. Die Resonanz ist positiv, weil das Projekt in ein umfassendes Maßnahmenpaket eingebettet ist: Bewährungshilfe begleitet die Teilnehmenden vor und nach unserer Intervention, sodass Reflexion des eigenen Verhaltens möglich wird. Am Projekt arbeiten ca. zehn Vermittler*innen an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und weitere am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim und der Gedenkstätte Melk. Drei bis vier Stunden Einzelbetreuung im Eins-zu-eins-Setting ermöglichen einen intensiven Blick auf die Tat. Das ist aufwändig, lohnt sich jedoch sehr. Seit der Novellierung des Verbotsgesetzes vor zwei Jahren arbeiten wir auch mit Erwachsenen.

[Hat sich Ihre pädagogische Arbeit seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober und seinen Folgen verändert? Wird das Thema von Besucher*innen oder Vermittler*innen aktiv angesprochen, und begegnen Ihnen bei Führungen auch Narrative, die Antisemitismus pauschal mit Israel verknüpfen?](#)

Immer, wenn irgendwo auf der Welt etwas vorfällt, bekommen wir das an der Gedenkstätte zu spüren – sei es in Gesprächen, bei den Einträgen in Besucherbüchern oder in Form von Beschädigungen, zum Beispiel Ritzen auf Mauern. Die Menschen kommen also nicht neutral zu uns.

Nach dem 7. Oktober war das jedoch überraschenderweise seltener der Fall. Wir hatten erwartet, dass der Hamas-Angriff und seine Folgen zum Beispiel besonders vor dem großen jüdischen Denkmal, wo wir über die Vernichtung jüdischen Lebens im KZ Mauthausen sprechen, angesprochen werden würden. In den ersten Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober kam es jedoch viel weniger zur Sprache, als wir uns darauf vorbereitet hatten, bis heute hat sich daran wenig geändert.

[Die Nationalfondspräsidentin Hannah Lessing sagte im Stimme-Interview, „Jede Generation muss die Geschichte von Neuem begreifen und ihre Lehren daraus ziehen“. Insbesondere seit dem 7. Oktober frage sie sich, ob die Erinnerungsarbeit gescheitert sei. Teilen Sie diese Sorge – und was gibt Ihnen trotzdem Hoffnung?](#)

Ich kann das nachvollziehen, was Hannah Lessing gesagt hat, und würde dem in Teilen zustimmen. Natürlich gibt es Momente, in denen wir uns fragen: Können wir überhaupt irgendetwas verändern? Irgendjemanden zum Nachdenken bringen? Manchmal ist man fast verzweifelt, wenn man angesichts aktueller Entwicklungen das Gefühl hat, die Menschheit wird nicht gescheitern. Dann gibt es aber auch Momente großer Zuversicht. Zum Beispiel wenn wir zu unserem Vermittler*innen-Jour-Fixe zusammenkommen: Da sind 50, 60, 70 engagierte Menschen, alle voller Überzeugung für ihre Arbeit. Wenn Zweifel an unserer Arbeit aufkommen, pflege ich zu sagen: Wir müssen unbeirrbar für Menschlichkeit eintreten. Wir dürfen zweifeln und hadern, aufgeben dürfen wir nicht – sonst verliert unsere Arbeit ihren Sinn. Zu sehen, wie viel Energie und Engagement hier zusammenkommen, gibt mir Kraft. —

*Der Peršmanhof bei Bad Eisenkappel war im Zweiten Weltkrieg ein Stützpunkt des slowenischen Widerstands; am 25. April 1945 ermordeten SS-Polizeiangehörige dort elf Zivilisten, darunter sieben Kinder.

Österreichs jüdische Friedhöfe

Knotenpunkte von Geschichte und Erinnerung in der Nachkriegslandschaft

Nachdem das nationalsozialistische Regime Europa in Schutt und Asche gelegt hatte, blieb von der jüdischen Bevölkerung, der jüdischen Geschichte und der jüdischen Kultur dieses Kontinents – gerade in materieller Hinsicht – wenig übrig. In den nationalsozialistisch beherrschten Gebieten wurden Synagogen niedergebrannt und abgebrochen, jüdische Bildungs- und Kultureinrichtungen verwüstet und ihre Bestände beschlagnahmt, jüdische Wohnungen „arisiert“ und ihre ehemaligen Bewohner:innen vertrieben oder ermordet. An vielen Orten in der ruinösen Nachkriegslandschaft blieb nur mehr ein jüdischer Friedhof – oftmals ebenfalls verwüstet und geschändet – als greifbares, materielles Zeugnis, dass es dort überhaupt einmal jüdisches Leben gegeben hatte.

In Österreich überdauerten rund siebenzig jüdische Friedhöfe die Vernichtungswut des Nationalsozialismus. In dieser Zahl nicht inkludiert sind hunderte, zum Teil bis heute nicht vollständig aufgefundene Massengräber von Ermordeten aus den sogenannten „Endphaseverbrechen“, so am berüchtigtsten jenes vom Massaker in Rechnitz im März 1945. Einige der erhalten gebliebenen jüdischen Friedhöfe – etwa jener in Hohenems, in der Seegasse in Wien oder in einigen der ehemaligen „Siebengemeinden“ im Burgenland (wie Eisenstadt und Frauenkirchen) – stammen bereits aus der frühen Neuzeit und zeugen somit von der langen, wenn auch brüchigen Kontinuität der jüdischen Geschichte dieses Landes.

Die Sorge um die Toten – insbesondere die unumgängliche materielle Entsorgung der Körper, die damit verbundenen Riten und Brauchtümer sowie die daraus entstandenen Räume der Toten – bildet seit Anbeginn der Zeitschreibung die Grundlage von Religionen, Gemeinschaftsformen, der menschlichen Zivilisation überhaupt. Da es das Schicksal eines jeden Menschen ist, zu sterben, gilt der Friedhof als einer der universellsten Orte einer Gemeinschaft – und da die allermeisten Verstorbenen früher oder später aus der lebendigen Erinnerung, ja, insgesamt aus der Geschichtsschreibung verschwinden, gelten Grabsteine als beispiellose Quellen der Vergangenheit einer Gemeinschaft. Insofern ist der Friedhof ein „steinernes Archiv“,

wie wiederholt allegorisch in der Geschichtsschreibung zu den jüdischen Friedhöfen Europas beschworen wird: In jedem Grabstein findet sich ein prägnanter Ausdruck des Lebens der dort Bestatteten – und darüber hinaus der Trauer und Ängste, aber auch Hoffnungen und Werte der Gemeinschaft der Nachkommen, der Lebenden.

Zielscheiben antijüdischer Gewalt

Gerade deswegen ist die gezielte Zerstörung menschlicher Überreste wie der Räume der Toten eine ungeheure, wenn auch nur stellvertretende Negation der Gemeinschaft, aus der die Toten stammen. Tatsächlich wurden jüdische Friedhöfe in

Europa bereits seit den mittelalterlichen Kreuzzügen wiederholt zur Zielscheibe von antijüdischer Gewalt, so auch in einem gewaltigen Ausmaß während der Shoah. Doch die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus war wesentlich komplizierter, als dass sie ausschließlich auf die vollständige Auslöschung aller Spuren jüdischen Lebens zielte: Allein das Überdauern tausender jüdischer Friedhöfe in Mittel- und Osteuropa zeugt von der komplexen Verstrickung von Vernichtung und selektiver Bewahrung zu unterschiedlichen Zwecken in der sogenannten „Judenpolitik“ des Nationalsozialismus.

Tatsächlich gab es keine einheitliche, koordinierte Vorgehensweise in Bezug auf jüdische Friedhöfe im NS-Staat, was auch auf die unterschiedlichen Motive der involvierten Akteur:innen zurückzuführen ist. Während manche NS-Bürokrat:innen historische jüdische Friedhöfe als „Schandfleck“ aus der Landschaft verschwinden lassen wollten, wie es etwa 1942 ein Beamter des Wiener Schulrats in Bezug auf den jüdischen Friedhof in der Seegasse formulierte, sahen andere in diesen Orten – in den Grabsteinen, deren Inschriften und den darunter bestatteten Leichenresten – Potenzial für wissenschaftliche Ausbeutung, um die „Rassenlehre“ des Nationalsozialismus zu befördern und das Judentum als „Erbfeind“ zu dokumentieren. Andere wiederum wollten sich an diesen Orten bereichern, indem etwa die Grabsteine geschliffen und wiederverkauft oder als Baumaterial verwendet werden sollten. Entsprechend vielfältig waren auch die Schicksale der jüdischen Friedhöfe in Österreich unter der nationalsozialistischen Herrschaft: Sie reichten von der kompletten Auflassung und Zerstörung der vorhandenen Grabsteine über die selektive Bewahrung oder Beschlagnahmung der Räume und ihres Inventars bis hin zur relativen Unversehrtheit.

Wie die Geschichtsforschung bis heute hinlänglich gezeigt hat, war der „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ nur ein Katalysator für zutiefst lokale Entwicklungen: Die Impulse zur Entwendung, Schändung und Vernichtung jüdischen Kulturguts in Österreich – als Teil des Genozids, der gegen die jüdische Bevölkerung im gesamten besetzten Europa verbrochen wurde – gingen durchaus von lokalen Akteur:innen aus, die sich schon lange vor dem „Anschluss“ als ausgesprochene Antisemit:innen bzw. Nationalsozialist:innen einen Namen gemacht hatten. Die „Früchte“ der kategorischen Beraubungs- und Vernichtungskampagnen, die in Österreich unter anderem gegen die historischen jüdischen Friedhöfe geführt wurden, verblieben auch nach Kriegsende weitgehend im Besitz jener am NS-Genozid beteiligten österreichischen Akteur:innen – die lange danach jede Verantwortung für diese Verbrechen abwiesen. So verblieben beispielsweise in Wien nach 1945 die „arisierten“ jüdischen Friedhöfe zuerst im Besitz der Stadt und die daraus gestohlenen Artefakte, inklusive Leichenreste, in den Kellern von Institutionen wie dem Naturhistorischen Museum.

Restitution nach 1945

Der komplexe Prozess der Restitution und der Instandsetzung der geschändeten jüdischen Friedhöfe in Österreich bildet Teil der allgemeinen postnationalsozialistischen Restitutionsgeschichte, die oft zynisch verlief und absichtlich „in die Länge gezogen“ wurde, wie es bezeichnenderweise in den Wortprotokollen der österreichischen Bundesregierung in der frühen Nachkriegszeit formuliert wurde. Vor 1938 existierten in Österreich mehrere Dutzend jüdische Gemeinden, nach dem Krieg wurden lediglich fünf wiedergegründet. In unzähligen Ortschaften stellten restituierte Friedhöfe fortan also nur mehr Erinnerungsorte dar, die

sowohl historischen jüdischen Lebens als auch seiner Vernichtung gedachten und bis heute still die Abwesenheit jüdischer Bevölkerung in den Stadtlandschaften Österreichs verkörpern.

Erinnerungsorte der Shoah

Jüdische Friedhöfe in ganz Europa sowie in jenen außereuropäischen Ländern, in denen europäische Jüdinnen und Juden Zuflucht fanden, wurden darüber hinaus in der Nachkriegszeit zu stellvertretenden Erinnerungsorten an die Shoah. Einerseits geschah dies durch die Errichtung von gemeinschaftlichen Shoah-Denkmalern, die oft auf jüdischen Friedhöfen als einzig überdauernde jüdische Orte in der Stadtlandschaft platziert wurden. In Wien wurde beispielsweise die monumentale, während der Novemberpogrome ausgebrannte Zeremonienhalle in der neuen jüdischen Abteilung am Zentralfriedhof Ende der 1960er Jahre nicht nur als Bestattungshalle instandgesetzt und weiterverwendet, sondern zugleich bewusst als Denkmal für die ermordeten Gemeindeglieder umgestaltet. Hier fanden auch bis in die späten 1980er Jahre die jährlichen Gedenkfeiern der Wiener jüdischen Gemeinde an die Shoah statt, bis diese in das restaurierte Gemeindezentrum in der Seitenstettengasse verlegt wurden. Andererseits finden sich verhältnismäßig wenige Grabsteine aus jüngerer Zeit, die keinen Hinweis auf vertriebene, verschollene und ermordete Familienangehörige aufweisen. Zählt man jede solche Inschrift als eigenes Shoah-Denkmal, so behausen heute die jüdischen Friedhöfe Österreichs Tausende solcher Denkmäler.

Die jüdischen Friedhöfe hierzulande zählen somit zu den wohl wichtigsten jüdischen Orten in der Erinnerungslandschaft. Dies macht sie zugleich immer wieder zu Zielscheiben für antisemitische

Gewalttaten, vorwiegend durch die Schändung oder sogar Zerstörung von Grabsteinen, Denkmälern und Friedhofsgebäuden, so jüngst bei einem Brandanschlag gegen die genannte Zeremonienhalle am Wiener Zentralfriedhof. Die Tatsache, dass es heute nur wenige, kleine jüdische Gemeinden in Österreich gibt und in vielen Orten keine Jüdinnen und Juden mehr wohnen, spielt dabei keine Rolle: Es handelt sich bei Graberschändungen nämlich um eine stellvertretende Gewalt, die sich nicht gegen spezifische Individuen, sondern gegen Stätten der Erinnerung und Kultur mit tiefgehender emotionaler wie religiöser Bedeutung richtet und somit die Kontinuität von antisemitischen Grundeinstellungen zum Ausdruck bringt.

In den Jahrzehnten seit der Waldheim-Affäre Mitte der 1980er-Jahre hat sich in der österreichischen Politik und Gesellschaft allerdings vieles geändert – sowohl in der Rezeption als auch in der Auseinandersetzung mit der jüdischen Vergangenheit sowie der Geschichte von Antisemitismus und der Shoah. Die

jüdischen Friedhöfe Österreichs stehen heute alle unter Denkmalschutz und es gibt zahlreiche Initiativen, von der lokalen bis auf die nationale Ebene, um Friedhöfe instand zu setzen und zu bewahren. Vieles ist trotzdem unwiederbringlich verloren gegangen, wie die Trümmerhaufen von heute nicht mehr identifizier- oder zuordenbaren Grabsteinen entlang der Mauer der alten jüdischen Abteilung des Wiener Zentralfriedhofs bezeugen sowie die leeren, abgeäugten Flächen in ländlichen Ortschaften, in denen nur mehr ein Gedenkstein oder eine Gedenktafel darauf hinweist, dass sich hier einmal ein jüdischer Friedhof befunden hat, so etwa in Deutsch-Wagram in Niederösterreich.

Barometer österreichischer Erinnerungskultur

Die jüdischen Friedhöfe in Österreich verkörpern somit nicht nur die Geschichte diverser jüdischer Gemeinden und nicht nur deren Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung unter dem Nationalsozialismus, sondern auch den Umgang

mit diesem zwiespältigem Erbe von Vielfalt und Genozid in der Zweiten Republik Österreichs: Der Umgang mit diesen einzigartigen Erinnerungsorten kann somit als Barometer für das Verhältnis dieses Landes, seiner Politik und seiner Gesellschaft zum Judentum, zur jüdischen Geschichte sowie zu seiner Geschichtsverantwortung gelesen werden. Dieses Verhältnis hat sich in jüngster Zeit augenscheinlich zum Positiven gewandelt, ist aber bis heute noch geprägt von Paradoxien und Ambivalenzen, wie das Verhältnis Österreichs zur religiösen und kulturellen Vielfalt überhaupt.

Tim Corbett ist freischaffender Historiker, Autor und Übersetzer mit Lebensmittelpunkt in Wien. Dieser Beitrag basiert auf seine Monografie *Die Grabstätten meiner Väter. Die jüdischen Friedhöfe in Wien* (Wien: Böhlau, 2021).



Vor dem jugoslawischen Denkmal in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Foto: Jovan Ritopečki, 1977. Quelle: Wien Museum, Nachlass Ritopečki.





Die israelische Holocaustforscherin und Widerstandskämpferin Miriam Novitch steht neben dem Krematorium im ehemaligen KZ Gusen, umringt von Kindern aus der Umgebung. August 1958. Quelle: Ghetto Fighters' House Museum, Israel/ Photo Archive, Sammlung Miriam Novitch.



„Die Witwen“ („Les veuves“): Familienangehörige von französischen KZ-Opfern vor dem französischen Mahnmal in Mauthausen, darunter Marcelle Bonnet, Witwe von Gustave Bonnet (1905-1943). Mauthausen, 1953. Quelle: KZ-Gedenkstätte Mauthausen / Sammlung Simone Bonnet.

Nordwest Bahnhof Erinnern

Fragmentarische Rekonstruktion der NS-Propaganda –
Veranstaltungen am Wiener Nordwestbahnhof im Jahr 1938 |
Grundlagen für einen zukünftigen Gedenkort

Auschwitz was at the end of a long process.

We must remember that it did not start from gas chambers. This hatred was gradually developed by humans. From ideas, words, stereotypes & prejudice through legal exclusion, dehumanization & escalating violence ... to systematic and industrial murder.

Auschwitz took time.

*Offizielle Aussendung des Auschwitz Memorial and Museum
anlässlich des 50. Jahrestages seiner Befreiung, 2025*

Die Propagandaveranstaltungen des NS-Regimes und die antisemitische Wanderausstellung „Der ewige Jude“, die 1938 am Wiener Nordwestbahnhof stattfanden, trugen maßgeblich dazu bei, die jüdische Bevölkerung zu diskreditieren und diffamieren. Allein in der Ausstellung am Wiener Nordwestbahnhof

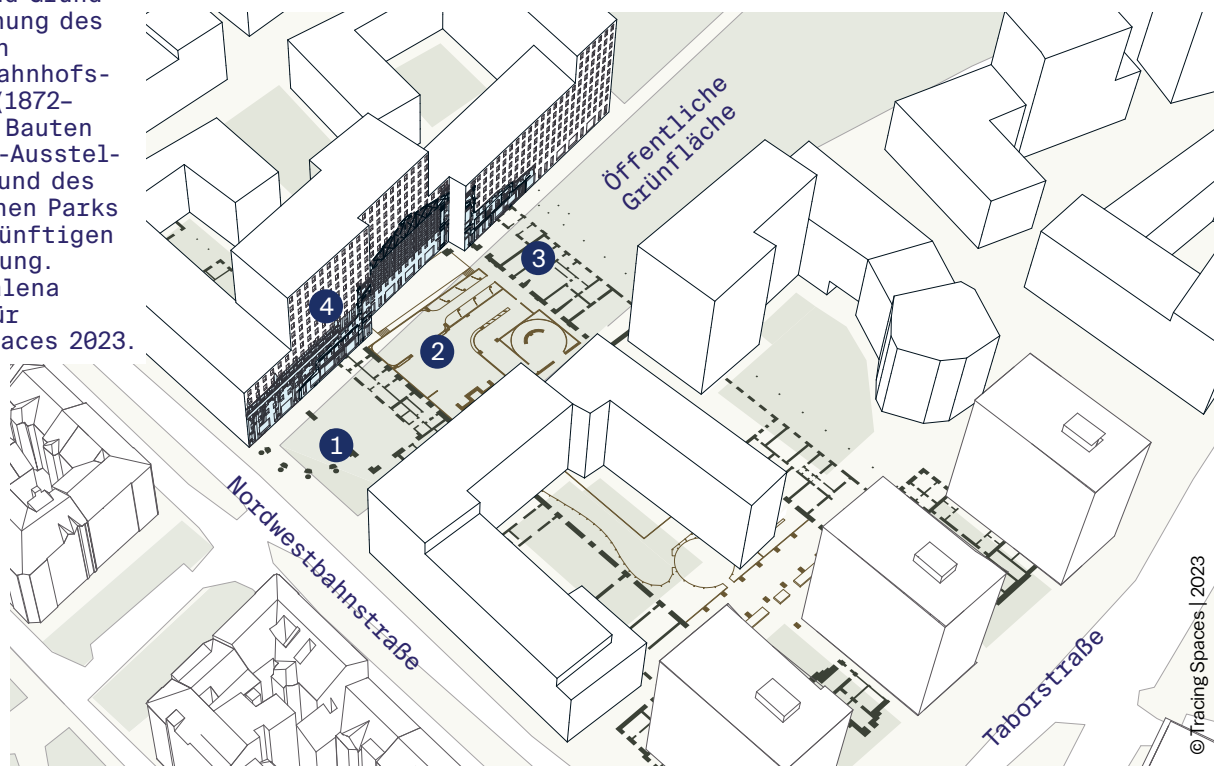
wurden 350.000 Besucher*innen indoktriniert und ermutigt, dem geschürten Hass gegenüber Juden und Jüdinnen freien Lauf zu lassen – verstärkt durch die massive Berichterstattung in den politisch bereits gleichgeschalteten Massenmedien wie Zeitungen, Radio und Wochen-schauen.

An diese Ereignisse und das Wechselspiel von Propaganda, realräumlichen Inszenierungen und Taten sollte auch in Zukunft direkt am Tat-Ort des damaligen Geschehens in angemessener Form erinnert werden. Das sollte nicht nur als historische Verpflichtung angesehen werden, sondern als Mahnung vor

Führung durch die Markierung der Einbauten für die Ausstellung „Der ewige Jude“ als vorerst temporärer Gedenkort am Originalschauplatz anlässlich des Tags des Denkmals.
Foto: Christopher Mavric 2025



Überlagerung von Schnitt und Grundrisszeichnung des ehemaligen Personenbahnhofsgebäudes (1872–1952), der Bauten für die NS-Ausstellung 1938 und des öffentlichen Parks in der zukünftigen Wohnbebauung. Iso: Magdalena Messing für Tracing Spaces 2023.



- 1 Überdachte Vorfahrt und Kassenhalle auf der Abfahrtsseite | 2 Bahnhofshalle für 5 Geleise, adaptiert für die Propagandareden und die NS-Feindbild-Ausstellung „Der ewige Jude“ 1938 | 3 Hofsalon für die Regeneration aristokratischer Fahrgäste an der Ankunftsseite | 4 Schnittzeichnung an der Fassade eines zukünftigen Wohnblocks.

den leider nur allzu aktuellen rassistischen und faschistoiden Strategien der Gegenwart, die mit vorsätzlich gestreuten Unterstellungen und Unwahrheiten den ‚virtuellen‘ Raum fluten, eine Scheinlegitimation vortäuschen und damit die Bereitschaft für Übergriffe auf Minderheiten fördern.

Der Nordwestbahnhof als Tatort der NS-Propaganda

Die Wanderausstellung „Der ewige Jude“ war Teil einer Serie von NS-Feindbildausstellungen, in denen sich die Darstellungstechniken und antisemitischen Diffamierungen immer weiter zuspitzten.^[1] Sie wurde erstmals von Anfang November 1937 bis Ende Jänner 1938 im

Bibliotheksbau des Deutschen Museums München gezeigt. Am 2. August 1938 wurde die Schau in erweiterter Form in der Halle des Nordwestbahnhofs eröffnet. Die Wahl des Standortes war dabei nicht ganz zufällig: Der Bahnhof liegt am Tabor, nahe der ehemaligen Taborbrücke, Jahrhunderte lang die einzige Erschließung Wiens aus dem Norden, und in der NS-Propaganda als „Einfallstor der jüdischen Unterwanderung“ gebrandmarkt. Die Straßenbahnlinien zum und vom Nordwestbahnhof führten die Besucher*innen durch die Leopoldstadt und die Brigittenau, die zwei Wiener Bezirke mit den höchsten Anteilen jüdischer Bevölkerung, von deren Präsenz Wien – so der NS-Jargon – dringend „erlöst“ werden müsse.

Eine temporäre Gedenkstätte als Außenstelle des Museums Nordwestbahnhof

Tracing Spaces hat sich als Betreiber des Museums Nordwestbahnhof zum Ziel gesetzt, die vielfältige Geschichte des Bahnhofs zu dokumentieren, und zwar nicht nur in Innenräumen, sondern auch in den Außenräumen des weitläufigen Areals. Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung Wiens wurde am Nordwestbahnhof bereits 1924 in Szene gesetzt, als dieser für den Film „Stadt ohne Juden“ als Drehort der (fiktiven) Deportation der Wiener Juden und Jüdinnen diente.^[2] In einer vorerst nur temporär angelegten Low-Budget-Installation, finanziert von Kunst im öffentlichen Raum Wien, dem Zukunfts- und Nationalfonds und von der Standortleitung der ÖBB vorübergehend geduldet, versuchten wir diese beiden Ereignisse im Jahr 2021 in räumlich und zeitlich verdichteter Form zusammenzuführen: Dazu haben wir den Grundrissplan der

^[1] Wolfgang Benz: „Der ewige Jude“ – Metaphern und Methoden nationalsozialistischer Propaganda. München: Metropol Verlag 2010. Rosemarie Burgstaller: Inszenierung des Hasses. Feindbildausstellungen im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main/New York: Campus 2022.

^[2] Andreas Brunner, Barbara Staudinger, Hannes Sulzenbacher (Hg.): Die Stadt ohne. Katalog der gleichnamigen Ausstellung. Wien: verlag filmarchiv austria 2018.



Einbauten für die Ausstellung, der 1938 zur Genehmigung der Veranstaltung bei der Stadt Wien eingereicht werden musste, im Archiv ausgehoben, ihn mit den Umrisslinien der 1952 abgebrochenen Bahnhofshalle überlagert, und diese Überlagerung wortwörtlich im Maßstab 1:1 am Boden des Originalstandortes nachgezeichnet. Um die Wirkung der Markierung zu verstärken, errichteten wir ein niedriges Gerüst, das an Baustellenabgrenzungen für Ausgrabungsarbeiten erinnert. Gleichzeitig stellten wir in abstrahierter Form die Umrisse eines Zugwaggons nach – an genau der Stelle, an der während der Deportationsszene im Film ein solcher zu sehen war.^[3] War die fiktive Deportation im Film von 1924 jedoch noch vorübergehend, so zeigte die verhetzende Wirkung der Ausstellung 1938 ihre fatale Wirkung im Realen: in Pogromen, Deportationen und Massenvernichtung.

Diese Technik der „Ausgrabungen“ lässt sich auf Sigmund Freuds Analogie von Psychoanalyse und Archäologie zurückführen, der zufolge die Arbeit des Psychoanalytikers wie die des Archäologen anhand kleiner Details Schicht für Schicht verdrängte Aspekte des Unbewussten eines Individuums oder der Stadtgeschichte, des „Unbewussten einer Stadt“, freilegen kann. Freuds These hat neben Künstler*innen u. a. auch die moderne Stadtsoziologie im Chicago der 1920er Jahre geprägt oder den Architekturtheoretiker Peter Eisenman, der archäologische und mentale „Excavations“ zu einer architektonischen Entwurfsgrundlage erhoben hat. Sie ist auch den Prinzipien der „Forensic Architecture“ verwandt, die anhand von Indizien politisch motivierte Verbrechen in unterschiedlichen

architekturnahen Darstellungstechniken fragmentarisch rekonstruiert.

Am Tatort Nordwestbahnhof wurde kein organisierter Massenmord verübt. Hier wurde jedoch – nach unserem heutigen Rechtsverständnis – offenkundig rassistische Verhetzung betrieben, Verbrechen legitimiert, zu Verbrechen ermutigt oder direkt dazu aufgerufen. Das gilt es zu benennen. Wir verstanden und verstehen dieses Erinnerungsmal nicht allein als „Skulptur“, sondern vorrangig als Ausgangspunkt und Rahmen für eine Reihe von Veranstaltungen und Führungen. Diese widmen sich der Rolle jüdischer Akteur:innen im Speditionswesen, den Standorten ihrer Unternehmen am oder im Umfeld des Nordwestbahnhofs sowie deren Arisierung und der erzwungenen

^[3] Mehr Informationen dazu online unter: <https://tracingspaces.net/excavations>



Die in die Flucht geschlagenen Juden und Jüdinnen und der Einzug Hitlers als strahlende Apotheose und Schlussbild der Wiener Erweiterung der Ausstellung „Der ewige Jude“ am Nordwestbahnhof. Foto: ÖNB-Bildarchiv Austria 1938 Medien-Nr.: 00208611.

Emigration jüdischer Familien; ihr Hab und Gut wurde oft schon im Zuge der beauftragten Übersiedlungen in den Lagern der arisierten Speditionen geraubt.^[4]

Zur Dringlichkeit von Entscheidungen im Getöse der Abbrucharbeiten und Neubauten

Eigentlich nur für den Sommer 2021 geplant, besteht unsere Installation dank Unterstützung der ÖBB, die sich der Aufarbeitung der NS-Zeit bereits 2012 angenommen hatte,^[5] nach wie vor als Platzhalter für eine permanente Lösung. Denn von 2025 bis 2028 werden sämtliche

Bestandbauten und Oberflächen am Areal geschliffen, um einer Großbaustelle für die Errichtung eines neuen Stadtentwicklungsgebiets für 16.500 Bewohner*innen zu weichen. In diesem „Lärm“ werden die Verhältnisse neu geordnet. Dabei bietet sich aber auch eine große Chance, hier und jetzt einen Ort der Erinnerung zu etablieren, bevor die Besitzverhältnisse festgelegt werden und die Gestaltung des öffentlichen Raums wahrscheinlich für die nächsten 100 Jahre fixiert wird. Nur sehr kurz hat sich hier Zeitfenster der Möglichkeiten geöffnet, bevor es sich wieder schließt und erneut Stille einkehrt. Der Wettbewerb für die Freiraumgestaltung ist bereits entschieden,

der Entwurf in Überarbeitung. Mit vergleichsweise geringem technischen und finanziellen Aufwand ließe sich jetzt eine den Ereignissen angemessene Markierung als Gedenkort in die Landschaftsgestaltung integrieren. Dafür haben wir hier Grundlagen erarbeitet. Es müsste nur zeitnah der politische Wille artikuliert werden, um die nötigen Planungen tatsächlich in Angriff zu nehmen und diese Chance nicht ungenutzt zu lassen.

Michael Hieslmair und Michael Zinganel gründeten 2012 die Forschungsplattform *Tracing Spaces*. Seit 2015 betreiben sie am letzten großen innerstädtischen Logistik-Knoten von Wien das Museum Nordwestbahnhof, in dem die vielfältige Geschichte des Areals vor Ort erforscht und vermittelt wird.

^[4] Bernhard Hachleitner, Michael Hieslmair und Michael Zinganel: *Blinder Fleck Nordwestbahnhof: Biographie eines innenstadtnahen Bahnhofsareals*. Falter Verlag; Wien 2022.

^[5] Traude Kogoj (Hg.): *Verdrängte Jahre. Bahn und Nationalsozialismus in Österreich 1938 - 1945*. Katalog der gleichnamigen Ausstellung, kuratiert von Mimi Segal im Auftrag der ÖBB; Wien 2012.

<https://tracingspaces.net/museum>
<https://tracingspaces.net/excavations>

Vergessen

וּמָהּ מִמָּה
so etwas nicht

Ein Ort des Erinnerns für gehörlose NS-Opfer

- Wenn du dir dein Leben heute anschaust, bist du zufrieden?
Ja, mit meinem Leben nach dem Krieg schon.
- Und die Zeit davor?
Oh, nein.
- Was davor war, hast du vergessen?
Vergessen kann man so etwas nicht, das ist unmöglich.^[1]

Dem gehörlosen jüdischen Zeitzeugen H. S. war es, wie er im Interview gebärdet, „unmöglich“, seine Erlebnisse während der nationalsozialistischen Herrschaft zu vergessen. Er erzählte über Verhaftung, Zwangsarbeit und Überleben nur dieses eine Mal öffentlich. Innerhalb seiner Gemeinschaft schwieg er. Dokumentiert wurde sein Bericht im Projekt „Gehörlose ÖsterreicherInnen im Nationalsozialismus“.^[2] Die dort entstandenen 24 Zeitzeug:innenerzählungen stehen für die Vielschichtigkeit der Schicksale der österreichischen Gehörlosengemeinschaft.

Die nationalsozialistische Macht ergreifung führte zu einer Aufspaltung der Gehörlosengemeinschaft. Zunächst wurden rasch jüdische Gehörlose ausgeschlossen, ihre

Vereine aufgelöst und enteignet. Somit wurde die zuvor gut organisierte Gehörlosenwelt „judenrein“ gemacht. Rund 123 jüdische gehörlose Wiener:innen aus dieser Zeit sind namentlich bekannt, von 94 wissen wir, dass sie getötet wurden.

Durch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (in Österreich ab 1. 1. 1940 in Kraft) wurde die Spaltung vertieft. Plötzlich machte es einen Unterschied, wie jemand sein Hörvermögen „verloren“ hatte. All jene, bei denen als Ursache eine „Erbkrankheit“ vermutet wurde, waren von Zwangssterilisation bedroht. Gehörlose Kinder und Erwachsene mit Lernschwierigkeiten, anderen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen wurden im Rahmen der „Aktion T4“ ermordet.

Die durch Unfall oder Krankheit ertaubten, nicht-jüdischen Menschen waren hingegen in Sicherheit. Sie konnten sogar Karrieren machen, etwa der Wiener Karl Brunner, der 1942 Leiter des Reichsverbandes der Gehörlosen Deutschlands wurde. Angesichts dieser Trennlinien überrascht es nicht, dass der zuvor solidarische Zusammenhalt der Gehörlosengemeinschaft tiefgreifend beschädigt wurde.

Kein „mitgemeintes“ Gedenken

Es braucht einen eigenen Gedenkort für gehörlose NS-Opfer, denn ein „mitgemeintes“ Gedenken würde den bis heute fortbestehenden gesellschaftlichen Ausschluss gehörloser Menschen aufrechterhalten. Das Gedenken sollte die auseinanderdividierten Gruppen zwar einzeln sichtbar machen, aber zugleich ein gemeinsames Erinnern ermöglichen – als Überwindung der von außen oktroyierten Trennung in jüdische, „nicht bildungsfähige“, „erbkrankte“

^[1] Interviewpartner H. S., Krausneker/Schalber 2011, Minute 45. Ihm ist im zweiten Wiener Gemeindebezirk ein kleiner Platz gewidmet. Siehe www.geschichtewiki.wien.gv.at/Humbert-Spitzer-Platz (Stand: 21. 2. 2026).

^[2] Das Projekt „Gehörlose ÖsterreicherInnen im Nationalsozialismus“ (2007/2008) wurde finanziert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. Eine Forschungsreise nach New Mexico und Florida wurde ermöglicht durch ÖFG und Stadt Wien. Siehe <https://gehoerlos-im-ns.univie.ac.at> (Stand: 21. 2. 2026).

und „erbgesunde“ Gehörlose. Denn heute besteht das Gemeinsame in ihrer kulturell-sprachlichen Identität als gebärdensprachbenutzende Menschen. In Folge geht es um das Gedenken einer Gemeinschaft – nicht einzelner Menschen.

Was erinnert wird, ist keine zufällige Entscheidung. Welche Aspekte der Vergangenheit sichtbar werden, hängt von der Deutungsmacht einzelner Gruppen ab. Heidemarie Uhl beschreibt Erinnerungskultur als ein dynamisches Feld von Verhandlungen und Konflikten, einen unabgeschlossenen „Prozess der Auseinandersetzung darüber, was die Geschichte einer Gruppe oder einer Gesellschaft ausmachen soll – es wären immer auch andere, alternative Darstellungen möglich“ (Uhl 2010: 7ff).

Gedenken durch Wissen

Wissen bildet die Voraussetzung von Gedenken. In Bezug auf die Geschichte der Gehörlosengemeinschaft ist das jedoch keineswegs selbstverständlich. Über Jahrzehnte war das Wissen über Verfolgung durch die Nationalsozialisten fast ausschließlich individuelles Wissen von Zeitzeug:innen. Die erste deutschsprachige Monografie (Biesold 1988) war ein unschätzbar wichtiger Beginn, es ist aber fraglich, wie breit sie von Gehörlosen rezipiert wurde. Ein niederschwelliger oder institutionalisierter Zugang zu historischen Fakten stand dem Großteil der Gehörlosengemeinschaft nicht zur Verfügung – auch heute noch. Dazu kommt, dass 90 bis 95 Prozent aller gehörlosen Menschen keine gehörlosen Eltern und somit keinen direkten Zugang zu Erzählungen von Zeitzeug:innen haben.

Auf meine Frage, warum er seine Geschichte nicht früher erzählt habe, antwortete der eingangs zitierte jüdische Überlebende: „Viele glauben, ich bekomme Millionen an Entschä-

digung. Aber das stimmt nicht.“ Dieser Mangel an Wissen führte dazu, dass Betroffene auf ein angemessenes Verständnis ihrer Berichte nicht vertrauen konnten.

Bei der Präsentation des Projekts machte eine junge gehörlose Frau eine bemerkenswerte Aussage: „(...) ich hatte (...) Geschichteunterricht, ich habe maturiert – aber ich habe nie etwas über die Geschichte meiner Gemeinschaft erfahren. Ich wusste nichts über diese Dinge, ich war ahnungslos!“^[3]

In Interviews stießen wir auch auf Unwissen oder unreflektierte Meinungen. Mehrere Personen weigerten sich, die NS-Herrschaft generell als negativ zu beurteilen. Sie wussten von Zwangssterilisationen von Freund:innen und Bekannten, alle wussten von der Ermordung von Jüdinnen und Juden – dennoch blieben ihre Jugenderinnerungen an die 1940er Jahre positiv.

Erinnern politisiert

Die Entdeckung einer Geschichte, die als „eigene“ empfunden wird, ist hoch politisierend. Nach der Präsentation des Projekts argumentierten gehörlose Selbstvertreter*innen gegenüber der Politik: „Wir wurden schon von den Nazis verfolgt!“ Die Erkenntnis, dass Diskriminierung kollektiv geteilt und einst staatlich organisiert war, birgt enormes Potential für die historisch begründete Einforderung von Rechten.

Auf der einen Seite steht die gegenwärtige gesellschaftliche Unterrepräsentation gehörloser Menschen. Auf der anderen eine Mehrheitsgesellschaft mit erheblichen Wissenslücken. Gedächtnisorte für Gehörlose sind rar, genauso wie Manifestationen der Gehörlosengeschichte. Als einmaliger Akt wurde 2008 die Wiener „Taubstummengasse“ kommentiert, indem sie mit einer Gedenktafel neu kontextualisiert wurde – dort war bereits 1779 das k.u.k. Taubstummeninstitut eröffnet worden.

Ein Erinnerungsort für gehörlose Menschen muss eine angemessene Form und Sprache finden. Eine bloße Tafel genügt nicht. Auf dem Gedenkstein für gehörlose jüdische Opfer in Amsterdam sind drei Gebärden abgebildet. Die 2013 in Berlin errichtete Gedenktafel „Taub-Juden im Nationalsozialismus“ kombiniert Text, Bild und einen Screen mit gebärdensprachlicher Vermittlung. Erinnern sollte auf jeden Fall dem „deaf lead“-Anspruch folgen: Gehörlose Menschen gestalten und entscheiden.

Schließlich gehören auch Geschichten des Widerstands in die Erinnerungskultur. Im Rahmen unseres Forschungsprojekts stießen wir auf Archivspuren zweier widerständiger Gehörloser, deren Geschichten wir filmisch sichtbar machten. Heutige gehörlose Jugendliche zum Nachdenken über solche Beispiele des Widerstands anzuregen, erscheint mir besonders wichtig, zumal auch für sie Fragen körperlicher (Un-)Versehrtheit, chirurgischer Eingriffe, Selbstbestimmung und starken Normierungsdrucks hochaktuell sind.

Literatur:

Horst Biesold: *Klagende Hände. Betroffenheit und Spätfolgen in Bezug auf das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, dargestellt am Beispiel der „Taubstummen“*. Solms-Oberbiel 1988.

Verena Krausneker / Katharina Schalber: *Gehörlose ÖsterreicherInnen im Nationalsozialismus*. 8 Kurzfilme in Österreichischer Gebärdensprache mit deutschen UT. Gesamtlänge 220 Min. 2009. Unter: www.univie.ac.at/ghoerlos-im-ns (Stand: 21. 2. 2026).

Verena Krausneker / Katharina Schalber: *nicht verstummt*. Dokumentarfilm, 45 Min. 2011.

Heidemarie Uhl: „*Warum Gesellschaften sich erinnern*“. In: *Erinnerungskulturen. Informationen zur Politischen Bildung*, Bd. 32. Innsbruck/Wien/Bozen 2010, S. 5-14 (Stand 21. 2. 2026).

Verena Krausneker ist Gebärdensprachforscherin an der Universität Wien. Ihr Film „Nicht verstummt“ wird im April 2026 beim Jüdischen Filmfestival Wien gezeigt.

^[3] B. S., 15. September 2009

Hinschaun! Poglejmo.

Spuren einer Ausstellung



Blick in die Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“. Raum „Aus Kärnten raus / Ven z avstrijske Koroške“: Deportation und Kampf um die Rechte der Kärntner Slowen:innen | Foto: Johannes Puch

Die Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo. Kärnten und der Nationalsozialismus | Koroška in nacionalsocializem“ war von 8. Mai bis 26. Oktober 2025 im kärnten.museum in Klagenfurt zu sehen. Bereits zur Eröffnung der Ausstellung und des „Erinnerungsjahres | Leto spominjanja 2025“ am 8. Mai kamen 700 Besucher:innen in das Rudolfinum – so viele wie nie zuvor zu einer einzelnen Veranstaltung. Ein wesentlicher Grund dafür war die Erwartung einer (selbst)kritischen, schonungslosen Auseinandersetzung mit dem Kärntner Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen bis heute.

Ein großer Teil der Besucher:innen der Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ waren Kärntner Slowen:innen, deren Geschichte von Repression und Widerstand, von verdrängter und behaupteter Sprache und von Gegen-Erinnerung im Landesmuseum bislang kaum präsent war. Slowenische Geschichte und kulturelle Praxis standen jahrzehntelang im Schatten einer deutschnational geprägten musealen Herrlichkeit.

Als einer der Eröffnungsdredner:innen sprach Rav Ariel Haddad, Oberrabbiner der Jüdischen Gemeinde in Ljubljana und Direktor des Jüdischen Museums in Triest. Dort wird – anders als in Kärntner Museen – seit Jahren über die Herrschaft der Kärntner Nationalsozialisten zwischen 1943 und 1945 in Nordostitalien, die Beraubung und Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager sowie über das Profitieren der Kärntner Bevölkerung informiert.

Diese Tätergeschichte blieb in der traditionellen Kärntner Erinnerungskultur weitgehend ausgeblendet. Die führenden Kärntner Nationalsozialisten entstammten großteils jenem Milieu von Abwehrkämpfern, Burschenschaftlern, Turnern und anderen „Heimattreuen“, dessen Organisationen – etwa der Kärntner Heimatdienst oder der Abwehrkämpferbund – in den 1950er Jahren wieder zugelassen wurden und die sich bis heute als „Hüter“ einer „heimattreuen“ Erinnerungskultur begreifen.

Das Kärntner Kulturgremium gab auf Anregung von Landeshauptmann und Kulturreferent Peter Kaiser im Jahr 2024 einen anderen Rahmen für das „Erinnerungsjahr | Leto spominjanja“ vor. Ziel war es, die Mehrstimmigkeit von Erinnerung/en in Kärnten/Koroška sichtbar und erfahrbar zu machen und so Schritte zur Demokratisierung der öffentlichen Erinnerung/en zu setzen. Dieser Ansatz entsprach auch den Überlegungen unseres kuratorischen Teams für die geplante Ausstellung zum Thema 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus.

Die Idee, die wir im Frühjahr 2024 entwickelten, war einfach. Wir wollten zeigen, was Besucher:innen von Institutionen des kulturellen Gedächtnisses in Kärnten/Koroška bislang noch nicht gesehen hatten oder ihnen noch nicht gezeigt wurde. Da wir die Diskussionen zur Kärntner Geschichte des 20. Jahrhunderts und zur NS-Zeit seit Anfang der 1990er Jahre – also seit über 30 Jahren – relativ genau beobachteten, wussten wir, welche Themen im Vordergrund standen, welche Ausstellungen das Landesarchiv oder das Landesmuseum zeigten, welche Perspektiven die Gestalter der Landesgeschichte nach 1945 einnahmen und was bzw. wer gezeigt wurde und was nicht.

Vor diesem Hintergrund fiel es nicht schwer, eine Ausstellung zu konzipieren, die dorthin schaut, wo bislang nicht hingeschaut wurde, und das thematisiert, was von den Leitinstitutionen des kulturellen Gedächtnisses lange verborgen gehalten oder nur partiell gezeigt wurde:

- Die größte Gruppe der Opfer des NS-Regimes und der Wehrmacht in Kärnten: die sowjetischen Kriegsgefangenen und ihre Massengräber in Wolfsberg und vor allem in Spittal an der Drau.
- Die Beteiligung in Kärnten aufgestellter Wehrmachts- und SS-Einheiten an Kriegsverbrechen in Norwegen, Slowenien, Italien und Frankreich.
- Die frühe Identifizierung Tausender Kärntner Slowen:innen als

„Feinde“ der deutschen Volksgemeinschaft durch prominente Kärntner Wissenschaftler aus dem Umfeld des Kärntner Heimatbundes, des Kärntner Geschichtsvereins, des Kärntner Landesarchivs und des Landesmuseums.

- Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen, maßgeblich verantwortet durch Kärntner SS-Offiziere, sowie die Verfolgung, Beraubung und Deportierung der jüdischen Bevölkerung in Oberitalien und Istrien durch Kärntner SS-Angehörige.
 - Die Außenlager des KZ Mauthausen am Loiblpass, wo nach der Annexion Oberkrains an den Reichsgau Kärnten auf Betreiben der Kärntner NS-Elite ein Tunnelbau durch die Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen verwirklicht werden sollte – verbunden mit der Aussicht auf „eine neue Blütezeit des Handels und Verkehrs“ (so der Doyen der Landesgeschichtsschreibung Martin Wutte 1943) zwischen Kärnten und der oberen Adria.
 - Der bewaffnete Widerstand der Partisan:innen in Kärnten, im angeschlossenen Oberkrain und in der von Kärntner Nationalsozialisten beherrschten Operationszone Adriatisches Küstenland sowie die Spirale massiver Gewalt, die seit 1941 durch die Zerstörung nationaler Grenzen durch Nationalsozialisten und Faschisten in diesem Raum ausgelöst wurde.
 - Die Rolle der Museen des Geschichtsvereins für Kärnten und der Kärntner Landsmannschaft, ihre Umwandlung in das Gaumuseum sowie die Mitwirkung Kärntner Wissenschaftler an der Legitimation der Landnahme und der Etablierung deutscher Herrschaft in Slowenien und Oberitalien sowie an der Zerstörung von Bibliotheken, Sammlungen und Archiven.
 - Nicht wie bisher vorrangig an die „eigenen“ Opfer zu erinnern, sondern erstmals im musealen Kontext bei allen genannten Tatkomplexen nach den „eigenen“ Tätern und der „eigenen“ Verantwortung zu fragen.
- Unser Ziel war es, möglichst viele Menschen, Institutionen und

Initiativen einzubeziehen, die sich der ungeschönten Aufarbeitung der Kärntner NS-Geschichte widmen – ihnen zuzuhören und Fragen zu stellen, nicht nur in Kärnten/Koroška, sondern auch in Slowenien, Kroatien, Frankreich und Italien. Außerdem bezogen wir Künstler:innen ein, die mit ihren Werken neue Perspektiven des Hinschauens und Erkennens eröffnen.

Zu allen Ausstellungsthemen boten wir Exkursionen zu Tatorten in Kärnten/Koroška sowie in Triest, Kroatien und Slowenien an. Wir organisierten Vorträge, Diskussionen, Workshops, eine internationale Tagung und über 130 deutsch- und slowenischsprachige Führungen durch die Ausstellung, durchgeführt vom kuratorischen Team und dem Vermittlungsteam des kärnten.museum. Ergänzend kuratierten wir gemeinsam mit dem Neuen Volkskino ein dreitägiges Filmfestival.

Wir positionieren uns mit diesem Programm bewusst gesellschaftspolitisch – im Sinne der Stärkung und Erinnerung an die antifaschistischen, demokratischen und menschenrechtlichen Fundamente, die nach der Befreiung von der NS-Herrschaft durch die Alliierten und die europäischen Widerstandsbewegungen in Österreich errichtet wurden – und die, wie die Ausstellung ebenfalls zeigt, in den folgenden Jahrzehnten immer wieder abgeschliffen, verwässert und untergraben wurden.

Wir zeigten die antifaschistischen Errungenschaften und die Rückschläge in der Aufarbeitung der NS-Geschichte, beleuchteten ideologische Brüche und Kontinuitäten und stellten schließlich das neue kritische Erinnern vor, das seit Mitte der 1990er Jahre vor allem aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen ist.

Dieses Programm stieß weit über Kärnten/Koroška hinaus auf große Resonanz: Zwischen Mai und November kamen mehr als 25.000 Personen ins kärnten.museum. Sie besuchten die Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ sowie weitere, teilweise parallel gezeigte Ausstellungen: „Unsichtbar? Unaufhaltsam“ der Community Queerinthia



Solidaritäts-Kundgebung für den Peršmanhof am 1. 8. 2025 in Klagenfurt/Celovec | Foto: Peter Pirker

über die Verfolgung homosexueller Menschen, „Auf derselben Seite. Die Letzten der ‚Gerechten der Völker‘“ und „Partizan*ke Art. Die Kunst des weiblichen Widerstands in Jugoslawien und Kärnten. Umetnost ženskega odpora v Jugoslaviji in na Koroškem“ (auf Einladung des Muzej/Museum Peršman).

Schon während der Vorbereitungen im Jahr 2024 war Gegenwind gegen die Ausrichtung des Erinnerungsjahres | Leto spominjanja spürbar. So widmete die Zeitschrift *Carinthia I* dem Versuch, das Muzej/Museum Peršman als Erinnerungsort für das Massaker durch Angehörige des SS-Polizeiregiments 13 an elf Bewohner:innen Ende April 1945 zu delegitimieren, breiten Raum. Mit fragwürdigen Methoden wurde dabei die Täterschaft der SS infrage gestellt und stattdessen die Schuld Partisan:innen zugeschoben.

In der Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ wurden in Kooperation mit dem Muzej/Museum Peršman hingegen erstmals Dokumente eines bislang als unauffindbar geltenden ungarischen Gerichtsakts gezeigt. Diese belegen die Verurteilung eines Angehörigen des SS-Polizeiregiments durch ungarische Gerichte in den Jahren 1949/50. In einem gemeinsamen Projekt des Landesmuseums mit dem Muzej/Museum Peršman wird die mangelhafte Aufklärung und Ahndung des Verbrechens anhand

bislang unbearbeiteter Quellen weiter aufgearbeitet.

Auf einer anderen Ebene und in einer bisher ungekannten Dimension von Übergriffen auf den Peršmanhof, ist der Polizeieinsatz gegen das antifaschistische Bildungscamp am 27. Juli 2025 zu verorten. Nach breiten Protesten in Österreich und Slowenien wurde der Einsatz von einer Expertenkommission des Innenministeriums als weitgehend rechtswidrig und unverhältnismäßig bewertet. Während das Muzej/Museum Peršman eine Welle der Solidarität erfuhr, nutzten die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sowie die Hüter der „traditionellen Kärntner Erinnerungskultur“ den Einsatz, um das bereits mehrfach ausgezeichnete Museum weiter als Treffpunkt von „Extremist:innen“ zu desavouieren.

Auf ähnliche Weise wurde die Kooperation des Landesmuseums mit der Initiative Domplatz „Kärnten/Koroška gemeinsam erinnern/skupno ohranimo spomin“ attackiert, insbesondere die Aufstellung des Kunstwerks „Von Partisanen“ des Künstlerduos zweintopf vor dem kärnten.museum. Das Kunstwerk reproduziert einen Gedenkstein des Abwehrkämpferbundes am Klagenfurter Domplatz, auf dem steht, dass während und nach dem Zweiten Weltkrieg Kinder, Frauen und Männer von Partisanen ermordet

wurden, allerdings ohne die Worte „von Partisanen“. Intendiert ist damit nicht das Verschleiern der Täterschaft – die Festnahme und Ermordung von überwiegend Nationalsozialisten durch die jugoslawische Geheimpolizei im Mai 1945 wurden in der Ausstellung thematisiert –, sondern das Sichtbarmachen einer pauschalen Verurteilung, die historisch nicht nur äußerst selektiv vorgeht, sondern auch nachweislich falsch ist und zur Herabwürdigung der Partisan:innen und ihrer Leistungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus dient. In der Schlussphase der Ausstellung „Partizan*ke Art“ wurde das Kunstwerk von unbekanntem Täter:innen verunstaltet. Mittlerweile hat das Landesmuseum das Kunstwerk in seine Sammlung aufgenommen – es bleibt bis auf Weiteres vor dem Museum ausgestellt.

Wie wichtig historische Forschung sowie fakten- und quellenbasierte Darstellungen für eine Erinnerungskultur sind, die diesen Namen verdient, hat 2025 und in den Jahren zuvor auch die Initiative „Denk(a)mål-Spunij se“ in St. Jakob im Rosental / Šentjakob v Rožu unter Beweis gestellt. Der Initiative gelang es, die Inschrift „Für ein deutsches Kärnten starben den Heldentod im Rosental“ auf dem Denkmal für Gefallene der Grenzkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg als eine nationalsozialistische Botschaft aus dem Jahr 1941 zu identifizieren. Auch sie musste sich von Hütern der traditionellen Erinnerungskultur jede Menge historischer Verdrehungen anhören und (slowenischen) Extremismus vorwerfen lassen. Ihre Intervention „Dahinterschaun! Odkrijmo“, die ebenfalls während der Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ im kärnten.museum zu sehen war, überzeugte hingegen durch penible historische Recherche, quellenbasierte und sachliche Darstellung sowie Kreativität in der künstlerischen Ausführung.

Genauso kann Erinnern bewegen.

Peter Pirker (Zeithistoriker / kärnten.museum) kuratierte die Ausstellung „Hinschaun! Poglejmo.“ gemeinsam mit Andreas Kristof und Ina Sattlegger vom Kollektiv section.a.

stimme 139 >>

Zeitschrift der Initiative Minderheiten



Radikal!

In aktuellen politischen Debatten wird Radikalisierung oft mit Extremismus gleichgesetzt, während gewaltlose Radikalität kaum Beachtung findet. Historisch haben radikale Minderheitenbewegungen jedoch immer wieder demokratische Entwicklungen angestoßen.

Das Schwerpunktheft „Radikal!“ zum 35. Jubiläum von **Initiative Minderheiten** und der **Stimme** dokumentiert die Entstehung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre als Reaktion auf die wachsende rechtspopulistische und rassistische Polarisierung.

stimme Abonnieren!

35
Jahre



Bitte zögern Sie nicht

- ▶ **STIMME** zu abonnieren und Abos zu verschenken,
- ▶ förderndes Mitglied der **INITIATIVE MINDERHEITEN** zu werden,
- ▶ zu spenden.

Damit sich die **INITIATIVE MINDERHEITEN** und die **STIMME** – das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich – auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

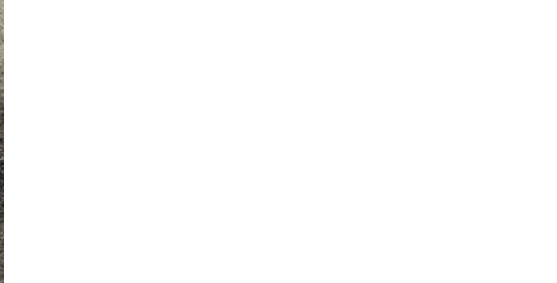
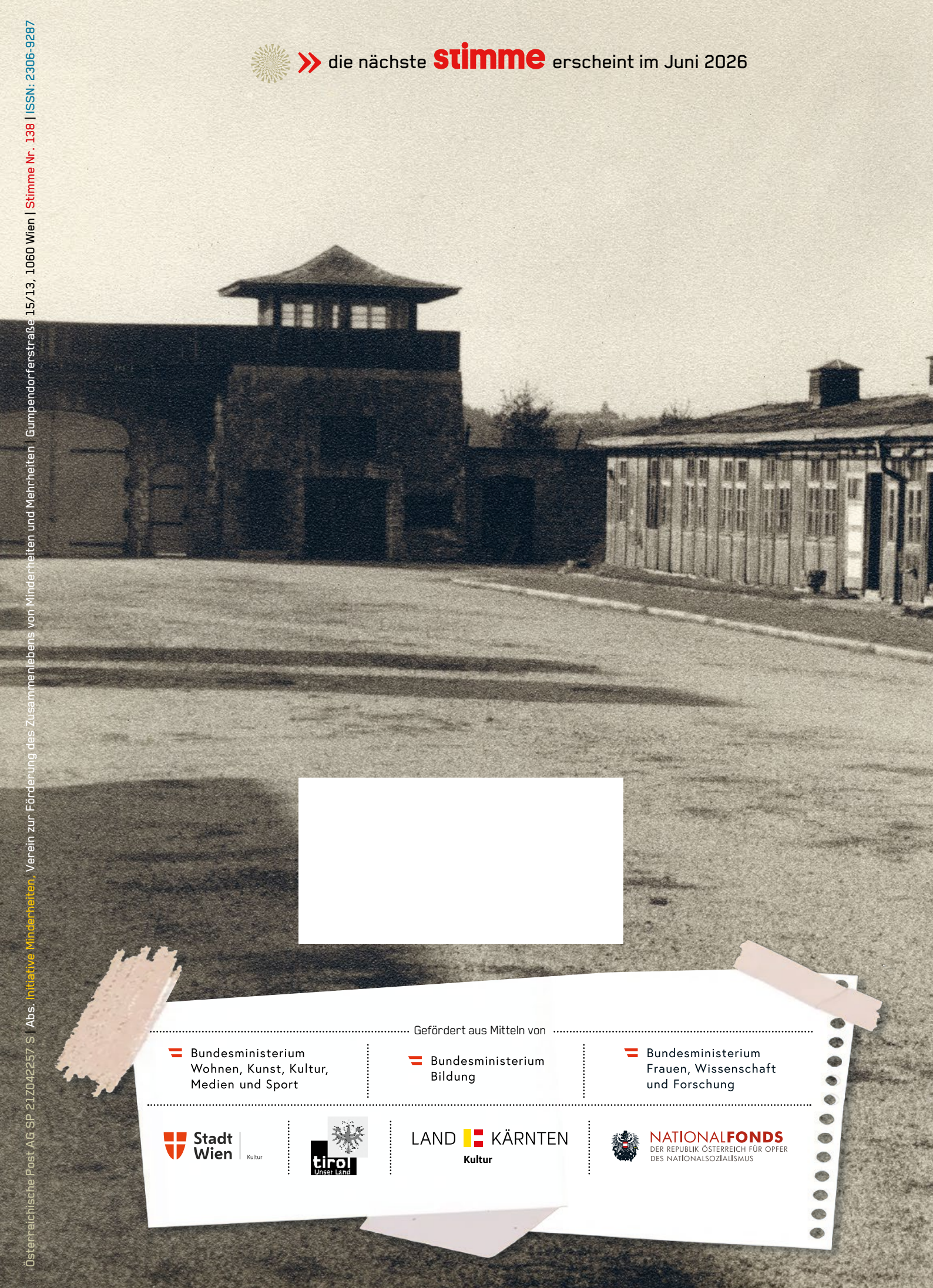
	EUR
Jahresabo Inland STIMME	30,-
Zweijahresabo Inland STIMME	50,-
Jahresabo EU-Ausland	50,-
Zweijahresabo EU-Ausland	75,-
Mitgliedschaft Jahresbeitrag IM	35,-
Fördernde Mitgliedschaft IM	100,-

Aboservice: abo@initiative.minderheiten.at


Bankverbindung:
Erste Bank
IBAN: **AT60 2011 1838 2586 9200**
BIC: **GIBAATWWXXX**
Lautend auf:
Initiative Minderheiten




>> die nächste **stimme** erscheint im Juni 2026



Gefördert aus Mitteln von

 Bundesministerium
Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

 Bundesministerium
Bildung

 Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

 **Stadt
Wien** Kultur



LAND  **KÄRNTEN**
Kultur



NATIONALFONDS
DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER
DES NATIONALSOZIALISMUS